

DJF-Quarterly

2
0
0
3

独日平和フォーラム



Editorial

Wir beginnen diese Ausgabe mit einem Nachruf auf Heinz Schmidt, unseren langjährigen, von vielen geschätzten Freund und Mitstreiter aus Berlin - Tiergarten.

Nach einjähriger Pause melden wir uns wieder mit drei längeren Beiträgen: Mit einem Portrait von Shoko Ahagon aus Okinawa, einem Bericht über das friedenspolitische Engagement japanischer Nobelpreisträger und einem Artikel über aktuelle nuklear-strategische Pläne aus dem Pentagon. Weitere Texte sind Projekten des DJF gewidmet. Schließlich drucken wir international verbreitete Deklarationen und Agenturmeldungen ab, die einen engen Bezug zu unserer Arbeit haben.

Unseren aufmerksamen LeserInnen wird sicher nicht entgehen, dass wir in dieser Ausgabe „die alte“ und „die neue Rechtschreibung“ und auch etwas dazwischen verwenden werden. Wir haben uns entschieden, es in das Ermessen der AutorInnen zu stellen, an welches orthographische System sie sich halten wollen.

Diese Ausgabe widmen wir

Heinz Schmidt (1922 - 2003)

Die Redaktion

Inhaltsverzeichnis

Meeting Dr. Tadatoshi Akiba	3
Nachruf auf Heinz Schmidt	4
Atomwaffengebrauch: Wieder wahrscheinlicher?	6
Die Japanischen Nobelpreisträger und die Friedensfrage	16
Hiroshima Peace Declaration	24
Nagasaki Peace Declaration	26
Buchbesprechung „Pearl Harbor“	28
Ein Jahrhundertkampf gegen das Pentagon	29
Nippon Christian Academy	36
Nagasaki Appeal 2003	38
Japan Eyes joint Production on U.S. Missiles	40
Impressum	23

Fortsetzung von Seite 3

Der Bürgermeister wolle doch lieber das Jüdische Museum besuchen. Dafür müsse er das Mittagessen leider absagen. Die japanische Botschaft habe gerade angerufen und ihn eingeladen. Er bitte um Verständnis. Ein Tag später: Wir sind um 10 Uhr für 2 Stunden verabredet. Bevor ich mir ein Taxi rufe, plagt mich der Gedanke, dass wir nett miteinander plaudern werden, wenn ich nichts Konkretes mitbringe, und das wird es dann gewesen sein. Mir wird klar, dass ich die Themen und die Struktur des Gesprächs vorgeben muss, und zwar schriftlich - und auf einem einzigen Blatt, an das wir uns halten können, wenn im Verlauf des Gesprächs der rote Faden schwimmt. Es ist schnell geschrieben. Mit sechs Exemplaren mache ich mich auf den Weg. Es fügt sich alles gut zusammen. Der Leitende Direktor der Stiftung Jüdisches Museum Berlin, Herr Blumenthal, weilt in der Stadt, da am heutigen Abend eine Ausstellung mit Entwürfen von Daniel Libeskind (darunter sein Entwurf für die neue Bebauung von „Ground Zero“ in Manhattan) eröffnet wird. Natürlich lässt Herr Blumenthal es sich nicht nehmen, den prominenten Gast aus Hiroshima persönlich zu empfangen. Die erste Überraschung ist die Dolmetscherin, die Herr Akiba mitbringt. Sie ist ein langjähriges Mitglied des Deutsch-Japanischen Friedensforums. Nach der Führung durch einen Teil der permanenten Ausstellung und die noch nicht eröffnete Libeskind-Ausstellung erfahren wir, dass Herr Akiba Herrn Libeskind im vergangenen Jahr bei der erwähnten Preisverleihung in Hiroshima persönlich kennen gelernt hat. Er schätzt ihn sehr und bedauert es, nicht an der Ausstellungseröffnung teilnehmen zu können, da er am Abend nach Japan zurückfliegt. Nach dem Rundgang ist es schließlich soweit. Im Café Liebermanns haben wir eine Stunde Zeit, über die Hiroshima-Nagasaki Peace Study Courses und andere Projekte zu sprechen ...

Ich hoffe, ich habe Sie neugierig gemacht. Über den Inhalt des Gesprächs und was in der kurzen Zeit danach daraus geworden ist, informieren wir Sie in der nächsten Ausgabe. Sie soll im Januar 2004 erscheinen.

Fotos: Y. Matsumoto



Meeting Dr. Tadatoshi Akiba,

Mayor of the City of Hiroshima

Tuesday, 09 September 2003

Mittwoch, 10. September 2003 - 09:46:31

A Introduction

B Main Purpose - Personal Acquaintance, Exchange of views

C Concrete Aspects of Hiroshima-Nagasaki Peace Study Courses (H&N PStC)

- 1) Just do it: Lectures on the Legacy of Hiroshima and Nagasaki, starting in the summer term 2004 at the Technische Fachhochschule Berlin (TFH Berlin), University of applied sciences, 16 weeks, 4 lectures per week, as lectures of the studium generale
- 2) Preparatory exchange with the other universities in Berlin.
- 3) Cooperation with IPPNW

D Cooperation with the City of Hiroshima

- 1) Exchange of experiences
- 2) Report on the German situation with respect to H&N PStC
- 3) Coordination of the efforts in Germany with the assistance of the TFH and the Deutsch-Japanisches Friedensforum Berlin e. V. (DJF Berlin, German Japanese Peace Forum Berlin NPO)

E Other maybe related Projects

- 1) Sending Conscientious Objectors from Germany to Hiroshima and Nagasaki
- 2) „Project 2005“ - International Symposia on the Second Generation of victims and perpetrators after WW II, A Comparison between Germany and Japan.

Meine Notiz im Terminkalender am 9. September: 10.00 Uhr, Treffen mit Dr. Akiba, dem Bürgermeister

der Stadt Hiroshima, im Jüdischen Museum Berlin.

Wie ist es zu dieser Verabredung gekommen? Bereits seit einiger Zeit befasse ich mich mit der Realisierung der Hiroshima-Nagasaki Peace Study Courses, die Herr Akiba in der Peace Declaration 2001 angeregt hat. Ein erstes Gespräch fand im August 2002 in der Hiroshima Peace Culture Foundation mit den für das Projekt zuständigen Personen statt. Entsprechend der frühen Phase war das Ergebnis noch sehr bescheiden. Immerhin erfuhr ich, dass mich mit dem Bürgermeister außer diesem Engagement auch der Beruf verbindet. Er hat wie ich selbst lange Jahre hindurch mathematische Vorlesungen gehalten. - Ich halte das für ein gutes Omen.

Von einem unserer japanischen Freunde bekam ich vor etwa einem Jahr einen Hinweis. 2003 feiern die Städte Hiroshima und Hannover ihre 20 Jahre währende Partnerschaft, Herr Akiba plane einen Besuch in Hannover. Der für Mai avisierte Besuch wurde kurzfristig auf die erste Septemberwoche verschoben. Diesen Termin hatte ich beinahe vergessen. Als er mir wieder einfiel, war es höchste Zeit:

Der erwartete Gast war bereits in Italien und auf dem Sprung nach Hannover. Mir fiel Herr Grimpe ein, der hilfsbereite Leiter des Bürgerbüros im Rathaus von Hannover. Er hatte mir schon einmal sehr geholfen.

Zu meinem großen Glück stellte sich heraus, dass er nicht nur für das Programm in Hannover, sondern auch für einen 2-tägigen Berlin-Aufenthalt zuständig war.

Das Berliner Programm sah als feste Termine einen Besuch bei Daimler-Chrysler, eine Stadtrundfahrt und Besuche beim Bundeskanzler und beim Regierenden Bürgermeister von Berlin vor. Luft gab es noch am nächsten Vormittag. Was schwebt Ihnen denn vor, fragte Herr Grimpe. Ich teilte ihm unseren Vorschlag mit: Eine Führung im Jüdischen Museum Berlin durch eine Kollegin aus unseren Reihen, Empfang durch die Leitung des Hauses, anschließend ein Gespräch über die geplanten Hiroshima-Nagasaki Peace Study Courses an der Technischen Fachhochschule Berlin und einige andere Projekte des Deutsch-Japanischen Friedensforums. Wir dachten dabei daran, dass Daniel Libeskind, der Architekt des Museumsgebäudes, vor einem Jahr den Kunstpreis der Stadt Hiroshima bekommen hatte. Herr Grimpe: Ich werde Herrn Dr. Akiba, fragen. Das war am Freitag.

Am Montagmorgen erfahre ich per eMail, dass Herr Akiba an einem Treffen sehr interessiert sei, aber das Museum am ehemaligen Checkpoint Charlie vorziehe. Ich möge bitte ein Restaurant in der Nähe aussuchen und für sechs Personen Plätze reservieren. Auch gut, denke ich. Dabei bleibt es aber nicht. Ein paar Stunden später meldet sich Herr Grimpe wieder.

Fortsetzung Seite 2

Nachruf auf Heinz Schmidt

von Andreas Szagun

Die Schwachen kämpfen nicht.
Die Stärkeren kämpfen vielleicht eine Stunde lang.
Die noch stärker sind, kämpfen viele Jahre.
Aber die Stärksten kämpfen ihr Leben lang.
Diese sind unentbehrlich.
Bert Brecht

Es scheint, als ob Bert Brecht unseren unvergessenen Heinz Schmidt gekannt hätte. Zum Kämpfen sollte er sich berufen fühlen, für „Führer, Volk und Vaterland“. Noch in den letzten Kriegsmonaten 1945 wurde der gelernte Metallflugzeugbauer schnell zum Jagdflieger ausgebildet, um mit der „Me 109“ den anfliegenden Feind zu vernichten. Das klappte zum Glück nicht.

Doch der Feind fing ihn. In der Nähe von Quedlinburg geriet er in amerikanische Kriegsgefangenschaft. Sollte er in Zukunft in Alabama Erdnüsse ausbuddeln? Er

stimmte – zum Missfallen seiner „Fänger“ – mit den Füßen ab und begann in Quedlinburg Autos zu reparieren! Als die Verhältnisse sich zu normalisieren begannen, ging er in seine Heimat Berlin zurück. Er baute auf – im wahrsten Sinne des Wortes, Stein auf Stein. Als der Aufruf zur Junglehrausbildung herauskam, entschied er sich für diesen Weg. Von deutschem Boden sollte nie wieder ein Krieg ausgehen und nie mehr sollte eine verführte Jugend unter falschen Versprechungen ins eigene Verderben gehen! Er lehrte und lernte gleichzeitig zu lehren.

Er trat in die SPD ein, um nicht nur eine Meinung zu haben, sondern um sich wirksam für den Frieden einsetzen zu können. Ein Parteisoldat wurde er aber nicht. Nach wie vor stand für ihn der Mensch im Mittelpunkt, nicht etwa die Reinheit der Lehre. Er war immer stolz darauf, dass aus vielen seiner ehemaligen Schüler „feine Menschen geworden“ sind, manche kamen bis zuletzt zu seinem Geburtstag. Eines war ihm immer wichtig, nicht nur Lehrplanwissen zu vermitteln, sondern auch viel zusätzliches Allgemeinwissen. Seine umfangreiche und viele Sachgebiete umfassende Bibliothek zeugte davon. Auch später als Schulrektor und noch später als Volksbildungsstadtrat blieb er seiner Überzeugung treu. Zum Teil ganz pragmatisch: „Sie sollen mir nicht aufzählen, was alles nicht geht, sondern einen gangbaren Weg finden!“ war seine Forderung an seine Bezirksamtsmitarbeiter, als es um den Bau einer Schulturnhalle ging, für die angeblich kein Platz vorhanden war. Sie wurde gebaut! Er setzte Namen für Schulen durch, die so gar nicht dem Kalten Krieg entsprachen: Tucholsky, Breitscheid, Anne Frank Wer war denn Anne Frank?

Das kleine Mädchen mit seinem Tagebuch, vergast in Auschwitz. Auch diese einfachen Opferschicksale waren ihm wichtig.

Wir trauern um einen erfahrenen Mitsprecher.
Wir trauern um unseren Freund.

Heinz Schmidt

1922 – 2003

Deutsch-Japanisches
Friedensforum Berlin e.V.
Moabiters Ratschlag e.V.



Daher organisierte er - misstrauisch beäugt von etlichen aus Partei und Amt – Reisen nach Auschwitz und Lidice. Aussöhnung war in Zeiten von „Dreigeteilt – Niemals!“ und „Schlesien bleibt unser“ nicht viel mehr als ein Lippenbekenntnis.

Heinz lebte Aussöhnung! Vielfältig waren seine Kontakte, in die CSSR, nach Polen und Jugoslawien und auch schon nach Japan. Der Erhalt des Friedens war für ihn daher auch Anlass, aus der SPD wieder auszutreten, als es um den NATO-Nachrüstungsbeschluss ging. Sein Weg führte ihn zur Friedensinitiative Tiergarten. Hier lernte ich ihn kennen und schätzen. Er hatte die Idee, den Ottoplatz in Hiroshimapark umzubenennen und in Anlehnung an den Friedenspark in Hiroshima zu gestalten. Die Friedensinitiative beschäftigte sich ja seinerzeit unter anderem mit der Umbenennung militaristischer Straßennamen aus der Zeit zwischen 1933 und 1945. Beides passte zusammen, eine Ausstellung wurde geschaffen, mit vielen Ablichtungen aus seinem unerschöpflichen Bestand an Zeitdokumenten. Wenn es auch heute noch keinen Hiroshimapark gibt – die Hiroshimastraße und das Bettina-von-Arnim-Ufer wurden Wirklichkeit.



Über die Friedensinitiative Tiergarten bekam er auch Kontakt zum Deutsch-Japanischen Friedensforum, in dem er sofort mitarbeitete. Wie oft haben wir zusammengesessen, um Texte vorzubereiten oder die Kasse zu prüfen. Für einen Linken eher ungewöhnlich setzte er sich schon zu seinen Stadtratszeiten für die Schaffung eines Heimatmuseums Tiergarten ein. Er spendete, sammelte Ausstellungsstücke und war im Förderverein des Heimatmuseums aktiv.

Wie kann aber einer soviel arbeiten und bewegen und trotzdem Zeit haben für die Philharmonie, für Kunstausstellungen und eine Mineraliensammlung?

Ganz einfach (und für viele doch manchmal unüberwindbar schwierig) – durch Verzicht! Durch Verzicht auf Blabla und Phrasendrescherei und auf Sitzungen, die nur Selbstzweck sind. Stattdessen nahm er lieber an den Ausflügen der Verkehrs-AG des Moabiter Ratschlags teil, zum Beispiel nach Quedlinburg.

Den längst ungültig gewordenen Fahrplan, den ich ihm Jahre vorher aus dem Reichsbahn-Kursbuch abgeschrieben hatte, bewahrte er noch auf – ebenso wie Linolschnitte seiner ehemaligen Schüler. Auch diese kleinen und angeblich unwichtigen Dinge und Erinnerungen machen ja das Leben aus. Dieses fiel ihm in den letzten Jahren zunehmend schwerer.



„Man darf nicht alt werden“ sagte er dann immer. Obwohl es ihm schon wirklich nicht mehr gut ging, nahm er noch an den letzten großen Demonstrationen gegen George W. Bushs Irakkrieg teil, denn „die Ärzte haben zwar viel an mir herumgeschnippelt, aber eines haben sie nicht geschafft: Mein Herz von links nach rechts zu verpflanzen!“

Heinz ist nun für immer von uns gegangen, aber ist er wirklich tot? Ich denke, er lebt in uns und all denen fort, die ihn gekannt haben, für die Solidarität keine Seifenblase zum Ersten Mai ist, sondern gelebtes Leben, voller Ehrlichkeit, Aufrichtigkeit und Menschlichkeit. Und vor allem auch nie ohne Kultur!

Das Gespenst des Atomwaffeneinsatzes

von Lutz Unterseher

Erschreckende Aktualität

Teile der konservativen militärpolitischen Elite der Vereinigten Staaten haben schon vor Beginn der Offensive gegen die Taliban in Afghanistan erörtert, ob es nicht sinnvoll sei, gegen die Truppen des Gegners und die mit ihnen verbündeten Terroristen Atomwaffen einzusetzen.

Diese Stimmen meldeten sich wieder zu Wort, als es sich im Zuge der Afghanistan-Kampagne als schwierig erwies, die Taliban und die mit ihnen kooperierenden Terroristen in den weiträumigen Höhlensystemen von Tora Bora wirksam zu bekämpfen. Zwar stehen gegen solche Ziele hoch entwickelte konventionelle Waffen zur Verfügung (z. B. tief eindringende kinetische Penetratoren sowie Sprengmittel, die Hoch- bzw. Unterdruck erzeugen), doch genügen diese den Advokaten eines Atomwaffengebrauchs nicht: Offenbar will man den Gegner mit größerer Gründlichkeit eliminieren und auch solche Widersacher, die man direkt nicht treffen kann, durch Verstrahlung töten. Noch einmal - und wohl noch lautstärker - ließen sich diese Stimmen vernehmen, als die Debatte über die künftig offensiv zu behandelnden "Schurkenstaaten" richtig in Schwung bekam. Hier figurierten nicht irgendwelche Höhlensysteme, sondern vor allem die riesigen und komplexen Bunkeranlagen des Diktators Saddam



Hussein als mögliche und lohnende Ziele. In diesem Kontext wurde auch insinuiert, dass sich insbesondere unterirdische Produktionsanlagen für Giftgas am besten und mit minimalem „Kollateralschaden“ durch ebenso unterirdisch explodierende Kernwaffen zerstören lassen würden.

Wenig Zeit blieb, solcherlei Drohungen systematisch und in Ruhe zu verarbeiten. Jedenfalls wurde die frisch geweckte Atomangst alsbald durch einen weiteren Schrecken überlagert: dadurch nämlich, dass der Dauerkonflikt zwischen Indien und Pakistan sich wieder einmal gefährlich zuspitzte - offenbar als Folge auch des kurzsichtigen, auf die delicate Machtbalance in der Region wenig Rücksicht nehmenden Eingreifens der Vereinigten Staaten. Das schauernde Publikum erfuhr, dass zumindest einer der beiden Streithähne seine nuklearen Trägermittel schon in der Frühphase der neuerlichen Konfliktentwicklung aktiviert hatte.

Donnerstag 13. November 2003, 14:14 Uhr

US-Kongress billigt Rekord-Verteidigungsetat Washington

Der US-Kongress hat den von der Regierung vorgelegten Rüstungsetat für das Jahr 2004 in der Rekordhöhe von 401,3 Milliarden Dollar (rund 346 Milliarden Euro) gebilligt. Nach dem Repräsentantenhaus stimmte der Senat in Washington zu. Das Gesetz sieht unter anderem die Aufhebung des zehnjährigen Verbotes so genannter Mini-Atombomben vor. Dies werde ein neues nukleares Wettrüsten in Gang setzen, warnten die internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW).

Der US-Rüstungsetat sieht 15 Millionen Dollar für Forschungen zum Umbau herkömmlicher Atomsprenghäupter vor, sechs Millionen Dollar stehen für die Entwicklung und Erforschung neuer Bomben bereit. Die US-Regierung will die bislang verbotenen Mini-Atombomben mit einer Sprengkraft von weniger als fünf Kilotonnen einsetzen, um unterirdische Bunker und Waffenlager zu zerstören. Vor Beginn der Forschungen braucht die Regierung allerdings eine Sondergenehmigung des Kongresses. 34 Millionen Dollar sind in dem Etat für die Verbesserung einer Atomtestanlage in Nevada vorgesehen.

Fortsetzung S. 8

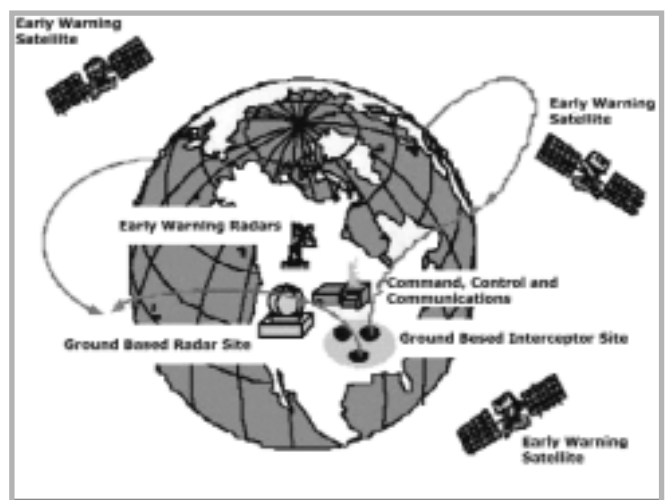
Zum Vergleich:
Der gesamte deutsche Bundeshaushalt
2004 umfasst ca. 260 Mrd. €

Die möglicherweise erhöhte Wahrscheinlichkeit des Einsatzes atomarer Waffen trifft die öffentliche Meinung wohl überall auf der Welt unvorbereitet: Mit dem Ende der traditionellen Block-Konfrontation, womit auch aus der Dramatik der gegeneinander gerichteten Atomwaffenarsenale gleichsam die Luft herausgelassen wurde, war nämlich die Gefahr eines mit Kernwaffen geführten Krieges immer mehr aus dem allgemeinen Bewusstsein geschwunden. Sicherlich, da gab und gibt es Sorgen um die Proliferation von Massenvernichtungsmitteln - insbesondere auch im Hinblick auf gewisse Entwicklungen in manchen Schwellenländern. Doch in diesem Zusammenhang möglicherweise entstehende Gefahren erschienen nicht akut und eher als Gegenstand des Expertendisputts.

Hinzu kam der tröstliche Eindruck, dass Russland und die Vereinigten Staaten von Amerika sich über mancherlei Hemmschwellen hinweg auf eine Verständigung in Sachen strategische Rüstung hin bewegten: So haben sich die Präsidenten Putin und Bush jr. in Moskau dahingehend verständigt, dass in den nächsten Jahren die beiderseitigen Arsenale auf jeweils 1.700 bis 2.200 „aktive“ Atomsprenkköpfe verringert werden sollen - was leider allerdings impliziert, dass immer noch immense Mengen an Gefechtsköpfen in Reserve gehalten werden dürfen.

Angemerkt sei allerdings, dass die in Moskau gezeigte Harmonie sich nicht auf ein Einvernehmen gleichberechtigter Partner gründet: Die U.S.A. sind der eindeutige Sieger, Russland musste klein begeben. Nur die U.S.A. werden es sich leisten können, eine größere Menge an funktionstauglichen Atomsprenkköpfen - für alle Fälle - in der Reserve zu halten. Russland dagegen kann sich aus wirtschaftlichen Gründen keine tauglichen Reserven leisten und bedarf für das Verschrotten der überflüssigen Sprengköpfe westlicher Hilfe (die auch auf einem der letzten G 8-Gipfel gewährt wurde). Russland hatte sich im Übrigen mit den U.S.-amerikanischen Plänen für eine National Missile Defense (NMD) bzw. deren Erweiterung abzufinden: einem strategischen Vorhaben, dessen Hauptzweck wohl darin liegen dürfte, das noch kleine Atomwaffenarsenal der Volksrepublik China tendenziell zu entwerten. Putin bekam im Gegenzug freie Hand für den Ausbau seiner autoritären Regierungsmaschinerie und das Operieren im zweiten Tschetschenien-Krieg sowie das Versprechen einer zunehmenden Integration der russischen Wirtschaft in die Märkte der Reichen.

Wenn trotz derartiger Verständigung zwischen den Vereinigten Staaten und Russland - den auch künftig immer noch mit Abstand größten Atomwaffenbesitzern - die Möglichkeit eines Einsatzes von Kernwaffen wieder Anlass zur Sorge bereitet, sollte zumindest der Versuch unternommen werden, einen darauf bezogenen rationalen Diskurs zu beginnen. Dies geschieht am besten dadurch, dass Konstellationen sondiert werden, in denen der tatsächliche oder mögliche Einsatz von Atomwaffen eine besondere, erschreckende Rolle spielte:



August 1945

Am 6. August 1945 warfen die Vereinigten Staaten eine Atombombe über Hiroshima ab. Drei Tage später geschah das Gleiche mit Nagasaki. Am selben Tag sprach sich der Tenno, der gegen Ende des Krieges eine präzedenzlos aktive Rolle zu spielen begonnen hatte, im "Inneren Kabinett" für einen sofortigen Friedensschluss aus. Der letzte politische Widerstand dagegen, nämlich im Rat der „älteren Staatsmänner“, wurde am 14. August 1945 überwunden.



Die U.S.-amerikanischen Historiker argumentieren mit übergroßer Mehrheit, und diese Meinung ist aus naheliegenden Gründen auch die offizielle Lesart, dass man die Atomwaffen hätte einsetzen müssen, um den Tod von Abertausenden zu vermeiden, der notwendige Folge einer Invasion des Inselreiches gewesen wäre. Begründet wird die Hochrechnung möglicher Todesopfer bei einer Invasion - etliche 10.000 amerikanische Soldaten, um die es den meisten Autoren in aller erster Linie geht - mit dem Hinweis auf den hohen Blutzoll, den die U.S.-Landungstruppen bei der Einnahme Okinawas, der "letzten Inselgruppe vor Japan", entrichten mussten.

Die Kritiker- unter ihnen an prominenter Stelle Sir Basil Henry Liddell Hart, der britische Militärtheoretiker - wenden dem gegenüber ein, dass sich eine Kapitulationsbereitschaft in japanischen Führungszirkeln bereits im Frühjahr 1945 entwickelt hatte. Japan war außerstande, Verbindung mit den verbliebenen überseeischen Okkupationsgebieten zu halten, da neun Zehntel des Schiffsraumes seiner Handelsflotte versenkt worden waren. Luftwaffe und Marine sahen sich wegen riesiger Verluste an Menschen und Material nicht mehr in der Lage, koordinierte und wirksame Aktionen durchzuführen. Und in Japan waren durch konventionelle Bombenangriffe mehrere Großstädte "ausradiert" worden - übrigens jeweils mit Opferzahlen in der Größenordnung dessen, was dann in Hiroshima und Nagasaki eintrat. Insofern boten die Angriffe auf diese Städte dem japanischen Führungszirkel im Prinzip nichts Neues: zumal man sich nicht vorstellen konnte, mit welcher Art von exotischer Waffe die gigantischen Schäden angerichtet worden waren.

Liddell Hart kommt zu der Einschätzung, dass die Kriegserklärung der Sowjetunion am 8. August und ihr unmittelbar darauf folgender Einmarsch in die Mandchurei die japanische Entscheidung mindestens so sehr beschleunigt habe, wie der Abwurf der beiden Atomwaffen. In der U.S.-amerikanischen Historiographie hingegen erscheinen die Sowjets eher nur als Trittbrettfahrer, die - als das Ende durch den Atomwaffeneinsatz schon herbeigeführt war - noch auf den Zug des Siegers aufsprangen und mit abkassieren wollten. Tatsächlich aber dürfte das Überrennen der Mandchurei, eines Gebietes von mehr als 1.000 Kilometer Breite, in nur etwa 10 Tagen und das Vernichten der letzten noch einigermaßen intakten Feldarmee Japans („Kwantung“) mit immerhin 700.000 bis 800.000 Mann auf die Führung in Tokio erheblichen Eindruck gemacht haben.

Das Forschungsverbot für Atombomben kleiner als fünf Kilotonnen sei das "einzig rechtlich bindende Verbot der USA im Bereich der Atomwaffenforschung" gewesen, erklärten die Atomkritiker von der IPPNW. Mit seiner Aufhebung beginne eine neue "Spirale der atomaren Aufrüstung": Frankreich und Russland hätten in Reaktion auf die US-Pläne bereits in den vergangenen Monaten die Entwicklung einer neuen Atomwaffengeneration angekündigt. "Auch Staaten, die sich von den USA bedroht fühlten, wie Nordkorea oder Iran, werden verstärkt versuchen, in den Besitz der Bombe zu kommen", warnte eine IPPNW-Sprecherin.

Das neue US-Verteidigungsbudget liegt um knapp zwei Prozent über dem von 2003. Für neue Ausrüstung und Waffen kann das Pentagon demnach 74,2 Milliarden Dollar ausgeben. Für den Unterhalt und die Wartung sind 114,4 Milliarden Dollar eingeplant, die Entwicklung und der Test neuer Waffenmodelle schlägt mit 63,4 Milliarden Dollar zu Buche. Davon werden 4,4 Milliarden Dollar für die Entwicklung des Kampfflugzeugs F-35 aufgewendet, das die bei der US-Luftwaffe im Einsatz befindlichen Modelle F-16, F/A-18 und AV-8B Harrier ersetzen soll.

Wenn wir einmal der Hypothese folgen, dass Japan nicht - oder jedenfalls nicht in erster Linie - wegen der Atombombenabwürfe kapituliert hat, diese also auch nicht zur Vermeidung von Opfern im Zuge einer Invasion erforderlich waren, dann fragt sich: Wozu denn dann?

Moskau hatte die U.S.-Führung bereits Ende Mai 1945 davon informiert, dass die Sowjetunion Japan am 8. August den Krieg erklären würde. Dies könnte durchaus dazu beigetragen haben, den ersten Einsatz einer Atombombe auf zwei Tage vorher zu legen - um nämlich den Anteil der Sowjetunion am Sieg zu schmälern und ihr etwa die Einrichtung einer "sowjetisch besetzten Zone" auf den japanischen Hauptinseln zu verwehren. Zudem lässt sich in dem Atombombenabwurf auch ein Signal sehen, mit dem der UdSSR - als dem erwartbaren Konkurrenten um die Hegemonie auf der Welt - klargemacht werden sollte, "wo der Hammer hängt".

Im Übrigen: Es gab zwar unter den Wissenschaftlern und Militärs, die an der Entwicklung der Bombe beteiligt gewesen waren, eine Minderheit, deren innerer Widerstand gegenüber einem Einsatz wuchs. Doch die Mehrheit der unmittelbar Beteiligten wollte das Produkt ihres Ehrgeizes wohl auch endlich einmal in einem echten Einsatz sehen: gegen richtige Städte und echte Menschen - nicht nur gegen Attrappen und Wüstenratten. Eine solche Haltung ist wohl nur dann möglich, wenn zweierlei zusammen kommt: Die mentale Distanz des Technikfetischisten und eine Kriminalisierung bzw. Marginalisierung der potentiellen Opfer: die Japaner als hinterhältige, grausame, jedenfalls sehr fremdartige Kreaturen.

Kalter Krieg

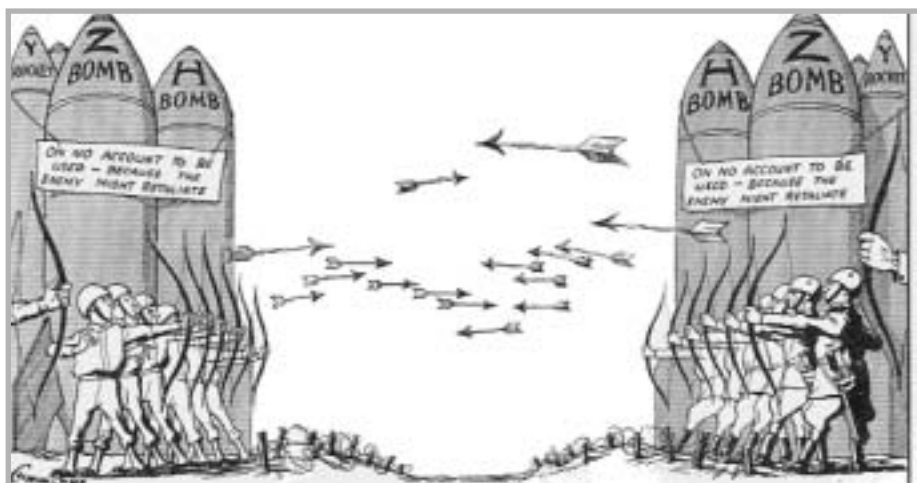
Von Anfang an gab es ein Glaubwürdigkeitsproblem, was die Drohung mit einem nochmaligen Atomwaffeneinsatz anbelangt: Nachdem die ersten beiden Bomben abgeworfen worden waren und bekannt war, was genau in Hiroshima und Nagasaki geschah, gingen Schockwellen des Entsetzens um die Welt. Eine Wiederholung solchen Grauens schien kaum legitimierbar. Und als dann die Sowjetunion im Jahre 1949 im Hinblick auf die Grundelemente der Atomrüstung gleichzog, erschien fortan der Einsatz solcher Waffen noch weniger denkbar. Es zeichnete sich eine Konstellation ab, in der beide Seiten die Bevölkerungszentren der jeweils anderen unter die Drohung des Massentodes stellen konnten. Der eine wurde jeweils zur Geisel des anderen.

Abschreckung, so meinten scharfsinnige Geister damals, ist aber nur möglich, wenn man bereit ist, unter bestimmten Umständen die Atomwaffen auch tatsächlich einzusetzen. Und um glaubwürdige Handlungsoptionen zu bekommen, begann man unterhalb des sich schrittweise entwickelnden Patts der strategischen Kernwaffen auf operativer und taktischer Ebene atomare Einsatzmittel zu entwickeln, die sich durch zunehmende Beweglichkeit der Trägerplattformen, Breite der zu bekämpfenden Zielpalette, Präzision sowie Miniaturisierung und Dosierbarkeit im Hinblick auf die Wirkung auszeichneten. Dieser Trend scheint nun in den U.S.A. neue Impulse zu bekommen.



Damals - vor allem in der Hochzeit des Kalten Krieges - zeigte sich freilich, dass Entwicklungen in den U.S.A., Atomwaffen auf allen Ebenen - also strategisch, operativ sowie taktisch - zur Kriegführung tauglicher zu machen, über kurz oder lang ihre Entsprechung in ähnlichen Anstrengungen beim Konfrontationspartner fanden. Das Patt und die damit befürchtete wechselseitige Neutralisierung der nuklearen Arsenale erstreckte sich nun auf alle Ebenen der Atomrüstung. Um dem daraus resultierenden Glaubwürdigkeitsdilemma zu entrinnen, wählten die beiden Blöcke unterschiedliche Strategien:

Im Westen wurde insbesondere mit Bezug auf Mitteleuropa von einem Defizit an konventionellen Streitkräften geredet, die wie einige schon damals, viele aber erst heute wissen - so nicht bestand. Damit meinte man sich in eine Position zu manövrieren, die - gleichsam zur Kompensation von Schwäche - den Erstgebrauch („First Use“) von Atomwaffen plausibel und damit glaubwürdiger machen sollte. Der wahre Grund für eine solche Politik war aber wohl eher, dass damit der Vormacht der U.S.A. im westlichen Bündnis gedient wurde. Zum einen konnte die U.S.-Führung die lieben Verbündeten immer wieder wegen ausstehender konventioneller Aufrüstungsbemühungen an den Ohren ziehen. Zum anderen diente die damit gegebene Prävalenz der Nuklearstrategie unmittelbar amerikanischem Einfluss.



Die Glaubwürdigkeitsrhetorik der Sowjetunion war weniger pfiffig: Dort sagte man einfach, dass es bei einem künftigen Zusammenstoß zwischen NATO und Warschauer Pakt, der selbstverständlich vom Westen zu verantworten sei, doch wohl „um die Wurst“ gehe. Es sei dann einfach zwingend, mit allem zurückzuschlagen, was man habe.

Samuel Huntington, heutiger Champion eines Kampfes der Kulturen, meinte damals allerdings, man müsse die gegenseitige Neutralisierung der Atomwaffenarsenale ernst nehmen: Seiner Überzeugung nach war es durchaus denkbar, dass - etwa in einer sich zuspitzenden internationalen Krise - der Osten einen konventionellen Blitzangriff gegen den Westen in Mitteleuropa hätte führen können: und zwar unterhalb der atomaren Schwelle. Für eine solche Überraschungsstrategie sah Huntington durchaus Erfolgchancen:

Nicht wegen etwaiger Schwäche der konventionellen Streitkräfte der NATO, sondern wegen deren falscher Doktrin. Huntington sah, dass die Landstreitkräfte des Westens im Wesentlichen aus angriffsstarken, schweren Großverbänden bestanden, die aber durch die „Vorneverteidigung“ gleichsam naturwidrig zu sehr an den eigenen Raum gefesselt erschienen. Deswegen machte er - analog zu Bestrebungen der U.S.-Army in den 80er Jahren - den Vorschlag, die NATO-Strategie auf der operativ-strategischen Ebene zu "offensivieren". Er wollte Truppen für Gegen- oder besser noch: „Parallelangriffe“, um nämlich auch auf konventioneller Ebene die sowjetische Bedrohung zu neutralisieren oder um im Falle einer sich erweisenden konventionellen Schwäche der anderen Seite, eine Invasionsfähigkeit nach Osteuropa hinein zu entwickeln. Dass solcherlei Angriffsoptionen die sich bedroht fühlende Seite während einer Krise mit ihren Fehlperzeptionen zu Präemptionskalkülen und unter Umständen auch zum Erstgebrauch atomarer Waffen hätte treiben können, war zumindest nicht auszuschließen.

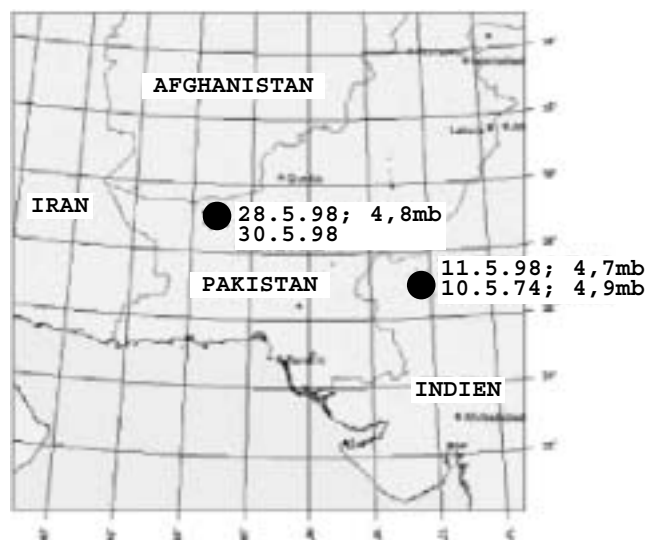


In diesem Kontext hatte die Entfaltung der Idee einer auch militärisch-strukturell strikten Defensive - einer vertrauensbildenden Verteidigung - ihren besonderen Stellenwert: ging es doch in den entsprechenden Beiträgen, insbesondere während der 80er Jahre, um die Entwicklung eines nicht provozierenden, konventionellen Schutzes bei Abbau der nuklearen Arsenale, deren verbleibende Mittel nur noch aus der Antwort auf eine fundamentale Bedrohung ihre Glaubwürdigkeit beziehen sollten („No First Use“).

Vorschläge dieser Art kamen erst relativ spät - und dann im Wesentlichen nur in der UdSSR unter Gorbatschow - zum Zuge. Der Kalte Krieg ging also ohne eine, größere Stabilität verheißende, „Defensivierung“ zu Ende; und zwar bekanntlich ohne atomaren Schlagabtausch. Es war noch einmal gut gegangen. „Dumb luck“ (Idiotenglück) sagt der amerikanische Moralphilosoph Henry Shue. Die Offensivität der jeweils aufeinander gerichteten Streitkräfte sowohl auf nuklearer als auch konventioneller Ebene brachte in jeder, auch noch so harmlosen Krise die Notwendigkeit mit sich, auf hohe und höchste Alarmstufen zu gehen; um dem jeweils anderen keinen Vorteil zu lassen. Dabei erhöhte sich wegen der enormen Komplexität der Situation die Gefahr von Fehlperzeptionen, die zu einem ursprünglich nicht beabsichtigten Gebrauch von Atomwaffen hätten führen können. Dass es dennoch „nicht geknallt“ hat, mag zwei wesentliche, miteinander verknüpfte Ursachen gehabt haben: Zum einen gab es für einen großen Krieg zwischen Ost und West keinerlei plausible Kriegs- oder gar Siegeszenarien. Zum anderen hat das wachsende Bewusstsein davon bewirkt, dass allmählich und mit zahlreichen Störungen ein Kommunikationsprozess in Gang kam, mit dem offenbar versucht wurde, die erkannten Risiken zu minimieren.



Indien und Pakistan



So plötzlich eine möglicherweise auch mit Kernwaffen ausgetragene Auseinandersetzung zwischen Indien und Pakistan zu drohen schien: Es geht um eine Entwicklung, die sich schon seit vier bzw. drei Dekaden abzeichnete - seit nämlich sich zunächst Indien und dann Pakistan auf das gefährliche Terrain der Atomrüstung wagten. Beide Staaten gingen dabei allerdings eher langsam voran. Erst in den 90er Jahren war zunächst für Indien und später für Pakistan die todbringende Kombination von einigermaßen zuverlässig funktionierenden Atomgefechtssköpfen und ballistischen Raketen als Trägermittel zu verzeichnen (wobei das indische Arsenal das pakistanische wesentlich übersteigt).

Die relative Zögerlichkeit der Entwicklung dürfte nicht nur mit der beide Länder - insbesondere aber Pakistan - plagenden Ressourcenknappheit zusammenhängen. Ein wesentlicher Grund dafür könnte auch

darin liegen, dass es bis 1990 - angesichts der noch wirkungsmächtigen Blockstruktur - wenig Spielraum für regionale Vormachtsallüren zu geben schien. Erst danach, als die politischen Eliten in Indien und Pakistan größere machtpolitische Gestaltungsräume in ihrem Teil der Welt zu erkennen glaubten, erschienen ihnen tatsächlich einsatzfähige Atomwaffen als angemessene und notwendige Rückversicherung.

In der aktuellen Situation stehen einander große konventionell gerüstete Armeen - die indische etwa doppelt so stark wie die pakistanische - gegenüber, die beide hauptsächlich für den Angriff strukturiert sind. Ein Zusammenstoß würde nahezu unweigerlich in einem indischen Marsch auf die militärisch ungeschützten und nicht allzu weit von der Grenze entfernten großen Bevölkerungszentren Pakistans resultieren. Pakistan hat für einen solchen Fall den Einsatz („First Use“) seiner Atomwaffen angekündigt. Damit soll offenbar eine Abschreckung bewirkt werden, deren Glaubwürdigkeit sich aus der relativen konventionellen Schwäche Pakistans und der fundamentalen Bedrohung seiner Zentren nährt.

Zwar sind die konventionellen Streitkräfte Pakistans, selbst wenn man berücksichtigt, dass die indischen Truppen noch andere Blickrichtungen haben, deutlich kleiner sind als die des großen Gegenüber. Doch muss notiert werden, dass die offensive Strukturierung und Orientierung der pakistanischen Armee, die offenbar auf fragwürdige Faustpfandstrategien setzt, wesentlich zu ihrer eigenen Schwäche beiträgt. Eine gangbare Alternative wäre die strukturelle Optimierung der strategischen und operativen Defensive Pakistans. Dass dieses Land zwischen seiner östlichen Grenze und den großen Bevölkerungszentren nicht allzu viel Raum hat, liefert heutzutage kein schlüssiges Gegenargument mehr: Moderne Sperrmittel und flexibles indirektes Feuer (Stichwort: konventionelle Raketenartillerie!) könnten wesentlich zu einem wirksamen, nicht-provokativen Selbstschutz des Landes beitragen.

Wenden wir uns dem Konfliktpartner zu! Das indische Kalkül könnte folgendermaßen aussehen: Beide Staaten haben Atomwaffen. Zunächst einmal neutralisieren sich dadurch die Kernwaffenarsenale gegenseitig. Da Indien aber ein größeres und differenzierteres Potenzial hat, könnte es, falls dennoch ein Atomkrieg ausbricht, wegen seiner „Eskalationsdominanz“ dessen rasches Ende erzwingen. Wenn dies aber so wäre, ließe sich im Falle eines Falles die indische konventionelle Überlegenheit voll und unbehindert ausspielen.

„Alles schon einmal dagewesen“ würde ein Nachfahre des Rabbi Ben Akiba sagen: Ziemlich ähnlich waren die Kalküle zur Zeit der Konfrontation in Mitteleuropa. Die NATO mühte sich, aus ihrer behaupteten konventionellen Unterlegenheit die besondere Glaubwürdigkeit eines nuklearen Erstgebrauchs zu konstruieren. Und in der Sowjetunion mag man etwa in der zweiten Hälfte der 70er Jahre tatsächlich an der Option eines Blitzfeldzuges unterhalb der atomaren Schwelle gearbeitet haben.

Der Preis, der für eine solche Konstellation des labilen Gleichgewichts offensiv gegeneinander gerichteter Streitkräfte zu zahlen ist, erscheint hoch: Selbst kleinere Krisen eskalieren schnell, und die damit einhergehenden Kommunikationsstörungen bzw. Fehlperzeptionen können urplötzlich und unerwartet an den Rand des atomaren Abgrundes führen - wenn nicht gar darüber hinaus.

Kampf gegen Schurken

Es drängt einen gerade dazu, die jüngsten Anregungen aus Kreisen der U.S.-amerikanischen Führungselite, zur Bekämpfung von Schurkenstaaten und ihrer Machtstrukturen Atomwaffen einzusetzen, als Äußerungen einer besonders befremdlichen Spezies von Verrückten abzutun. Doch bereitet die Konstellation Sorge, in der die Nuklearadvokaten ihre Forderung erheben. Jedenfalls weisen die folgenden Punkte auf eine alarmierende Ähnlichkeit mit der Lage hin, in der 1945 die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfen wurden. Erstens: Der Gegner scheint hinreichend kriminalisiert und marginalisiert.

Selbst wenn Angehörige seiner Streitkräfte und Sicherheitsdienste auf einen Schlag in größerer Zahl umkommen würden, bestünde zumindest die Hoffnung, dies der Öffentlichkeit verkaufen zu können. Und wichtig: Der andere wurde zwar zum "Schurken" erklärt, dem man alles Mögliche zutrauen muss, kann aber nicht in gleich fürchterlicher Münze zurückzahlen.



Zweitens: Es kündigt sich die Entwicklung von Atomwaffen zu nie dagewesener taktischer Handhabbarkeit an. Und es gibt Ziele, die deren Einsatz geradezu zu verlangen scheinen (z. B. Höhlensysteme und ausgedehnte Bunkeranlagen). Die Verfeinerung des Atomwaffenarsenals ist nach der Einführung des Teststopps für unterirdische Versuche mit Hilfe hoch komplexer Simulationsverfahren zunächst weiter gegangen. Nach einer Unterbrechung wird nun die Fortsetzung angestrebt. Und es gibt Wissenschaftler und Militärs, die endlich einmal einen Eindruck davon bekommen wollen, was ihre Produkte in einer realen Situation bewirken können.

Drittens: Die Hegemonialmacht U.S.A. sieht sich - zur Bestätigung ihres Status für sich selbst und andere - offenbar immer wieder genötigt, Exempel der Einschüchterung zu statuieren. So mag ein künftiger Atomwaffeneinsatz gegen ein unbotmäßiges Regime als Warnsignal für alle übrigen Schurkenstaaten konzipiert sein. Hinzu kommt schließlich, dass die erwähnten Kreise in der U.S.Führung in langfristiger Perspektive eine Herausforderung der eigenen globalen Vormachtstellung durch die schrittweise erstarkende Volksrepublik China erwarten. Dies mag ebenfalls zum Atomwaffeneinsatz gegen einen Schurkenstaat geneigt machen: kann doch so relativ gefahrlos demonstriert werden, dass man in einem künftigen Ernstfall wirklich auch zum Einsatz solcher Mittel bereit sein würde. Nennen wir dies einen sehr frühzeitigen Schuss vor den Bug!

Lebendiges Gespenst

Das Gespenst eines Atomwaffeneinsatzes, das manche schon in der Rumpelkammer wähten, ist wieder durchaus lebendig. Zur Beruhigung der Gemüter mag angeführt werden, dass die Staatsführungen von Indien und Pakistan offenbar durchaus erkannt haben, dass es für einen etwaigen großen Zusammenstoß keinerlei plausible Siegeszenarien gäbe. Vor dem Hintergrund dieser Einsicht hat man offenbar den Gesprächsfaden nie abreißen lassen. Konsens in der Weltgemeinschaft besteht wohl darüber, dass daran anzuknüpfen wäre. Was aber bisher eindeutig zu kurz gekommen ist, das ist die Bemühung, auf die dortigen Militärdoktrinen und -strukturen einzuwirken - und zwar im Sinne einer verstärkten Orientierung an stabiler Defensive, um auch auf diesem Wege Krisengefahren zu vermeiden oder abzuschwächen. Und im Hinblick auf die Vereinigten Staaten ist zu hoffen, dass auch eine solche Macht sich nicht völlig von den Standards der Weltöffentlichkeit abkoppeln kann. Wie immer auch moderne Atomwaffen miniaturisiert und in ihrer Wirkung dosiert werden können, ihr Einsatz wäre auf jeden Fall ein fürchterlicher qualitativer Sprung.



Quellen:

Chalmers, Malcolm and Lutz Unterseher: Is There a Tank Gap? Comparing NATO and Warsaw Pact Tank Fleets, *International Security*, Bd. 13, Heft 1/1988.

Covington, Stephen R.: The Role of the Defence in Soviet Military Thinking, SSRC Working Paper C 64, RMA Sandhurst, 1987.

Huntington, Samuel P.: Conventional Deterrence and Conventional Retaliation in Europe, *International Security*, Bd. 8, Heft 3/1983-1984.

International Institute for Strategic Studies: The Military Balance 2001-2002, Brassey's: London, 2001.

Kamiol, Robert: Asian Build-Up. Regional Powers Strengthen Their Hand, *International Defense Review (IDR)*, Bd. 24, Heft 6/1991.

Liddell Hart, Basil H.: Geschichte des Zweiten Weltkrieges, Fourier: Wiesbaden, 1970.

Ming Cheung, Thai: China's Regional Military Posture, *IDR*, Bd. 24, Heft 6/1991.

Shue, Henry (ed.): Nuclear Deterrence and Moral Restraint, Cambridge University Press: Cambridge, 1989.

Studiengruppe Alternative Sicherheitspolitik (Hg.): Vertrauensbildende Verteidigung, Bleicher: Gerungen, 1989.

Tahir-Kheli, Shirin: Defence Planning in Pakistan, in: Neuman, Stephanie G. (ed.): *Defence Planning in Less-Industrialised States*, Lexington Books: Lexington, 1984.

Unterseher, Lutz: Defensive ohne Alternative. Kategorischer Imperativ und militärische Macht, Deutscher Universitätsverlag: Wiesbaden, 1999.

Vigor, Peter H.: Soviet Blitzkrieg Theory, MacMillan: London and Basingstoke, 1983.

Weinberg, Gerhard L.: Meter für Meter. Okinawa, 1. April bis 2. Juli 1945, in: Förster, Stig, Markus Pöhlmann und Dierk Walter (Hg.): *Schlachten der Weltgeschichte*, Beck: München, 2001.



Die japanischen Nobelpreisträger und die Friedensfrage

Eiichi Kido (Universität Ôsaka, Japan)

Eine gescheiterte Friedensnobelpreisverleihung an einen japanischen Historiker

In der 100-jährigen Geschichte des Nobelpreises gibt es insgesamt zehn japanische Preisträger. Von Hideki Yukawa (1949) bis Ryôji Noyori (2001) haben je drei Japaner den Nobelpreis für Physik bzw. für Chemie, zwei Japaner den Preis für Literatur, und je ein Japaner den Preis für Physiologie oder Medizin bzw. für Erhaltung des Friedens erhalten. Die meisten Nobelpreisträger aus Japan sind also Naturwissenschaftler.



Für das Jahr 2001 hätte der Friedensnobelpreis einem Japaner statt oder gleichzeitig mit dem UN-Generalsekretär Kofi Annan verliehen werden können. Der Kandidat war der Historiker Saburô Ienaga (1913-). Von 1965 bis 1997 hat er gegen das japanische Erziehungsministerium mit gerichtlichen Mitteln gekämpft, um die historische Wahrheit in den Schulbüchern darzustellen. Gerade in diesem Jahr wurde die japanische Regierung wegen des Schulbuchskandals im In- und Ausland schon wieder scharf kritisiert¹. 1982 hatte das Erziehungsministerium bei der Schulbuchzensur die Autoren gezwungen, den „negativen“ Ausdruck „Angriff“ des japanischen Militärs vor 1945 in einen „neutralen“ Ausdruck „Einmarschieren“ umzuschreiben. 1986 hatte das Ministerium ein nationalistisches Schulbuch, das eine rechte Gruppierung herausgab, genehmigt. 2001 hat es nun ein geschichtsrevisionistisches Schulbuch anerkannt, das die rechten Kräfte wiederum unterstützten².

Angesichts der heftigen Kritik benutzen nur 0,039% der Schülerinnen und Schüler im nächsten Schuljahr 2002/2003 dieses problematische Schulbuch³. Das ist gerade dem langjährigen Kampf von Ienaga für Freiheit, Demokratie und Wissenschaft zum Frieden zu verdanken. Es wäre sehr bedeutungsvoll gewesen, wenn ein Friedensnobelpreis diesem gewissenhaften Intellektuellen in dem Jahr verliehen worden wäre, in dem ein geschichtsverfälschendes und kriegverherrlichendes Umding von der japanischen Regierung offiziell gebilligt wurde.

Es waren Nichtregierungsorganisationen aus Hongkong (Asian Human Rights Commission) und Kanada (Canada Association for Learning & Preserving the History of WWII in Asia), die die Friedensnobelpreisverleihung an Saburô Ienaga initiierten⁴. Es gab 14 Politiker und 144 Professoren aus verschiedenen Ländern, die den japanischen Historiker als Preisträger empfohlen haben⁵. Im Heimatland

¹ Vgl. z.B. Anne Schnepfen, Geschichtsklitterung im Schulbuch, in: FAZ, 9. April 2001 und Angela Köhler, Ein Schulbuch entzweit Japan und seine Nachbarn, in: Berliner Zeitung, 13. Juli 2001.

² Dank diesem Schulbuch ist die grundsätzliche Problematik der Zensurpolitik des japanischen Erziehungsministeriums erneut deutlich geworden. Erstens: Das Schulbuch benutzt die damalige Propagandabezeichnung „Großostasiatischer Krieg“ und rechtfertigt damit die japanische Kolonialherrschaft und den 15-jährigen Asien-Pazifik-Krieg. Es verleugnet das Nanking-Massaker von 1937 und ignoriert die militärische Sexsklavinnen namens „Trostfrauen“. Zweitens: Es stellt den Mythos der „Reichsgründung“ von 660 v.Chr. wie eine historische Tatsache dar. Drittens: Es schildert die japanische Geschichte, als ob der Tenno ständig Autorität hätte. Mit der irrationalistisch-nationalistischen Einstellung behandelt es die asiatischen Länder verachtend. Viertens: Das politische System vor 1945 wird unkritisch dargestellt. Die politische Unterdrückung und die Menschenrechtsverletzung unter dem alten System wird totgeschwiegen. Fünftens: Der Dienst zum Staat und die Wehrpflicht werden betont. Die pazifistische Verfassung von 1947 wird dementsprechend negativ beurteilt.

³ Dieses Ergebnis sollte m.E. nicht blind-optimistisch beurteilt werden. Das ändert nichts daran, dass die japanische Regierung mit der scheinheiligen Begründung von der „Meinungsfreiheit“ den jungen Menschen den Geschichtsrevisionismus vermittelt.

⁴ Das Empfehlungsschreiben kann man unter der URL in Englisch lesen.
http://www.vcn.bc.ca/alpha/ienaga/letter.htm#NOMINATION_LETTER_FOR_NOBEL_PRIZE

⁵ Unter ihnen auch drei Europa-Abgeordnete aus Großbritannien, nämlich Glyn Ford, The Lord Inglewood und Graham Watson.

von Ienaga haben sich 80 Personen einschließlich drei Parlamentsabgeordnete daran angeschlossen.

Diese internationale Bewegung ist aber wegen des Terroranschlags vom 11. September 2001 im Sande verlaufen. Das Nobelpreis-Komitee hat am 12. Oktober in der norwegischen Hauptstadt Oslo mitgeteilt, daß der Friedensnobelpreis 2001 den Vereinten Nationen und ihrem Generalsekretär Kofi Annan verliehen wird. Das ist wohl ein Ergebnis davon, daß die Weltöffentlichkeit die Herausforderung des internationalen Terrors gegen den Weltfrieden sehr ernst nahm.

Im Oktober 2001 veröffentlichten sieben Friedensnobelpreisträger einen gemeinsamen Aufruf⁶. Sie appellierten an die Regierungen und Völker der Welt, konkrete Schritte zur Entwicklung der Kultur von Frieden und Nichtgewalt zu nehmen. Die Antwort der USA und ihrer Verbündeten sollte nicht von einem blinden Verlangen zur Vergeltung sondern von einer erneuten Entschlossenheit, für eine friedliche und gerechte Welt zu arbeiten, getrieben werden⁷. Diese Worte mögen für den amerikanischen Präsidenten George W. Bush wohl in den Wind geredet gewesen sein.

In der Begründung der Friedensnobelpreisverleihung würdigte das Nobelkomitee, daß Annan klargemacht habe, daß Souveränität kein Schild sei, hinter dem die UN-Mitgliedsstaaten ihre Vergehen verbergen könnten. Das Komitee wolle mit dem Preis verkünden, daß der einzige Verhandlungsweg zu Weltfrieden und umfassender Zusammenarbeit über die Vereinten Nationen führe. Da muß man sich fragen, ob das amerikanische Handeln diesem Wunsch entspricht.

Die vergebliche Friedensnobelpreisverleihung an Saburô Ienaga ist auch in Japan nur sehr wenig bekannt. Es gibt immer weniger Leute, die ihn und seinen Schulbuchprozeß kennen. Am Desinteresse der Bevölkerung sind wohl nicht nur die unkritischen japanischen Massenmedien schuld. Das hat m.E. mit dem Friedensbewußtsein der Japaner allgemein zu tun. In den nächsten Teilen dieser Studie wird diese Frage in den Fällen von drei japanischen Nobelpreisträgern analysiert.



Hideki Yukawa – Physiker, Friedenskämpfer und Weltföderalist

Der erste japanische Nobelpreisträger hieß Hideki Yukawa (1907-1981). Der theoretische Physiker wurde 1949 wegen seiner Mesonentheorie der Kernkräfte mit dem Nobelpreis für Physik geehrt. Die Preisverleihung an Yukawa bedeutete einen Hoffnungsstrahl für viele Japaner, die nach der bedingungslosen Kapitulation in Verzweiflung geraten waren. Als Mitglied des Ordens Pour le mérite für Wissenschaften und Künste (seit 1967) und durch wiederholte Teilnahme an den Nobelpreisträger-Tagungen in Lindau war er auch mit Deutschland eng verbunden.

Yukawa war ein hochbegabter Bildungsbürger. Er zeigte großes Interesse nicht nur für naturwissenschaftliche Disziplinen wie Physik und Biologie sondern auch für ostasiatische Kulturgeschichte. Er war ein großer Kenner des Taoismus. Die philosophische Erkenntnis soll auch seine physikalische Theorie beeinflusst haben.

Von den zahlreichen Büchern kann man ablesen, daß der Autor als Wissenschaftler sehr verantwortungsbewußt war und tiefe Menschenliebe hatte⁸. Yukawa blieb nicht im Elfenbeinturm sondern er war in der Friedensbewegung sehr engagiert.

⁶ Mairead Corrigan Maguire (Preisträger von 1976), Betty Williams (1976), Adolfo Perez Esquivel (1980), Desmond Mpilo Tutu (1984), Dalai Lama der 14. (1989), Joseph Rotblat (1995) und Jody Williams (1997).

⁷ http://www.warresisters.org/nobel_statement.htm#english

⁸ Vgl. Hideki Yukawa, Creativity and Intuition. A Physicist looks at East and West, Tokyo/New York/San Francisco 1973. Ders., Tabibito – Ein Wanderer. Erinnerungen eines Physikers, Stuttgart 1985.



Der Anlaß seines Engagements war das Wasserstoffbombenexperiment, das die USA am 1. März 1954 auf dem Bikini-Atoll begonnen hatten⁹. Über einem japanischen Thunfischkutter schlug der Staub der massiv radioaktiven Koralle, den man später „Todesasche“ nannte, zusammen, obwohl der Kutter weit weg von der militärischen Sperrzone arbeitete¹⁰. Alle 23 Seeleute erlitten gewaltige Strahlenschädigungen wie Kopfschmerzen, Brechreiz, Augenschmerzen, Blutungen am Zahnfleisch, Brandwunden und Haarausfall. Der Funker, Aikichi Kuboyama, starb am 23. September 1954 mit 40 Jahren. Sein Testament: „Ich möchte das letzte Opfer der Kernwaffen sein.“ Die USA wollten Strahlenkrankheit als seine Todesursache nicht anerkennen.

Die Kraft der Wasserstoffbombe war fast tausendmal stärker als die der Atombombe, die auf Hiroshima abgeworfen war. Auch 267 Einwohner auf den Marshallinseln waren der Radioaktivität ausgesetzt. Sowohl die Luft als auch das Meerwasser waren stark verseucht. 856 japanische Schiffe waren von der Radioaktivität betroffen. Bis Ende Dezember 1954 mußte man insgesamt 457 Tonnen Thunfisch wegwerfen. Im weit entfernten Mutterland fiel radioaktiver Regen.

Die US-amerikanische Behörde hat erst im Frühjahr 1955 bestätigt, daß das alles auf den Wasserstoffbombentest zurückzuführen ist, nachdem das japanische Amt für Fischereiwesen trotz aller Störungen der US-Botschaft die Meeresgegend um den Bikini-Atoll untersucht hatte. Die japanische Regierung hörte schon im Dezember 1954 auf, Fischkutter und Thunfisch zu prüfen, weil sie mit der amerikanischen Regierung 2

Millionen Dollar (720 Mill. Yen) Schmerzensgeld als Endlösung vereinbart hatte. Etwa 450 Mill. Yen davon wurde den Produzenten bezahlt, um den Preissturz von Fisch zu kompensieren. Das Personal bekam nur unzureichende Wiedergutmachung.

Die japanische Bevölkerung war außergewöhnlich betroffen, daß die Landsleute neun Jahre nach Hiroshima und Nagasaki schon wieder direkte Opfer einer Nuklearwaffe waren. Damals hatte sie die US-amerikanischen Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki noch sehr frisch in Erinnerung. Als „einzige Atombombenpopfation in der Welt“ wollte sie diese „Tragödie“ nicht wiederholen.

Am 1. April 1954 beschließt das japanische Unterhaus einstimmig die internationale Kontrolle der Kernkraft. Am 23. April 1954 erklärte der Japanische Wissenschaftsrat (Science Council of Japan) seine „feste Entschlossenheit, weder in unserem Lande noch im Zusammenhang mit ausländischen Atomwaffen eine Forschung über Atomwaffen zu leisten.“

Es gab auch Antiatombombenbewegungen von unten. Im Mai 1954 begannen die Hausfrauen von einem Stadtbezirk von Tokyo, Suginami, die Unterschriftaktion zum Verbot des Wasserstoffbombenversuches. Am 8. August 1954 wurde die „Nationalkonferenz der Unterschriftaktion zum Verbot des Atom- und Wasserstoffbombenversuches“ gegründet. Sieben Monate nach dem „Bikini-Tag“ des 1. März 1954 unterschrieben schon mehr als 10 Millionen, bis Jahresende sogar weit mehr als 20 Millionen Japaner. Im August 1955, zehn Jahre nach den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki, gab es mehr als 30 Millionen Unterschriften¹¹. Vom 6.-8. August 1955 fand in Hiroshima die erste „Weltkonferenz zum Verbot der Atom- und Wasserstoffbomben“ statt. Daran nahmen 50 Vertreter aus 11 Ländern wie den USA, Australien, China sowie Indonesien und 5.000 Japaner teil¹².

⁹ Während des zweiten Weltkrieges hat sich Yukawa an der Atombombenforschung der japanischen Marine beteiligt. In dem Projekt war er aber alles andere als aktiv.

¹⁰ Der Kutter befand sich 160 km östlich vom Bikini-Atoll, und somit 130 km entfernt vom amerikanischen Sperrgebiet.

¹¹ Damals hatte Japan 80 Millionen Einwohner.

¹² Die Vertreter aus den Ostblockländern außer Nordkorea und Polen konnten sich nicht beteiligen, weil die japanische Regierung ihre Einreise ablehnte.

Der Nobelpreisträger Hideki Yukawa hat am 31. März 1954 in der „Mainichi“-Zeitung den Artikel „Atomkraft und der Wendepunkt für die Menschheit“ veröffentlicht¹³. Er behauptete als „ein Angehöriger der Menschheit“, man solle das Ziel, daß die Menschheit sich selbst vor der Bedrohung der Atomkraft schützt, höher als andere setzen.

Das war gerade der Kerngedanke, der ein Jahr später im sogenannten „Russel-Einstein-Manifest“ aufgenommen wurde. Dieses Manifest veröffentlichten der englische Philosoph Bertrand Russel, Nobelpreisträger für Literatur 1950, und der von NS-Deutschland in die USA emigrierte Physiker Albert Einstein, Nobelpreisträger für Physik 1921, gemeinsam am 9. Juli 1955, um einen nuklearen Krieg zu verhindern. Yukawa hat sich wie andere sechs naturwissenschaftliche Nobelpreisträger daran angeschlossen¹⁴.

Im Manifest hieß es, daß es darum geht, daß sich die Menschen über Staat und Ideologie hinaus „als Angehörige der Art Mensch“ zusammensetzen, um die „tragische Situation, der sich die Menschheit aussetzt“ zu überwinden. Sie appellierten an „alle Regierungen, sich bewußt zu sein, daß sie ihre Ziele nicht durch einen Weltkrieg erreichen werden können und dies in aller Deutlichkeit zu erkennen.“ Um dieses Manifest zu konkretisieren, fand die erste „Konferenz über Wissenschaften und Angelegenheiten der Welt“ im kanadischen Fischerdorf Pugwash statt¹⁵. Yukawa war einer der 22 Teilnehmer aus Ost und West. Aus Japan kamen noch zwei Physiker, nämlich Shin-ichirô Tomonaga (1906-1979) und Iwao Ogawa (1921-). Tomonaga erhielt 1965 mit seiner „Renormalisationstheorie“ den Nobelpreis für Physik. Yukawa und Tomonaga waren seit der Studentenzei eng befreundet. Gegen Atomwaffenversuche und für die Abschaffung von Atomwaffen waren sie gemeinsam engagiert. Ogawa war ein Neffe von Yukawa¹⁶.

Yukawa hat zusammen mit Tomonaga u.a. eine Art japanischer Ausgabe der Pugwash-Bewegung organisiert. Sie sprachen nicht nur Naturwissenschaftler sondern auch Geistes- und Sozialwissenschaftler an, um eine Fachkonferenz zur Abschaffung von Nuklearwaffen zu veranstalten.

Vom 7.-9. Mai 1962 fand die erste „Kyoto-Konferenz der Wissenschaftler“ statt¹⁷. Der Aufruf, der am letzten Tag veröffentlicht wurde, betonte die Notwendigkeit, daß man die Vorstellung, die Souveränität für absolut zu halten, überwinden und eine hochmoralische Idee und ein darauf beruhendes neues Rechtssystem bilden sollte, um den Staatsegoismus zu brechen. Die 21 Wissenschaftler behaupteten außerdem, daß „Japan einen besonderen Beitrag zum Weltfrieden leisten müßte“, weil das Land die Katastrophe der Atombomben erfahren habe und eine Verfassung besitzt, die den Verzicht auf den Krieg klar niederschreibt. Bis zum Todesjahr hat Yukawa insgesamt viermal die „Kyoto-Konferenzen der Wissenschaftler“ geleitet.

Wie Bertrand Russel und Albert Einstein war Hideki Yukawa ein engagierter Weltföderalist. Dazu spielte Einstein eine große Rolle, als sie von 1948 bis 1949 am Institute for Advanced Study in Princeton zusammenarbeiteten. Der Nobelpreisträger von 1921 soll das japanische Ehepaar bei der Hand gefaßt und gesagt haben: „Wollen wir alles tun, um die gesamten Kernwaffen abzuschaffen. Dafür gibt es nur einen Weg, nämlich, daß die Welt eins wird, zu einem föderalistischen Staat wird.“

¹³ Yukawa, *Creativity and Intuition*, pp.185-188.

¹⁴ Unter anderen der in der NS-Zeit nach Großbritannien emigrierte deutsche Physiker Max Born und der französische Physiker Frédéric Joliot-Curie.

¹⁵ Daher kommt der Rufname „Pugwash-Konferenzen“. 1995 wurde die Konferenz zusammen mit dem Mitgründer Joseph Rotblat, Physiker aus Großbritannien, mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. In Japan wurde im August 1975 das 25. Pugwash-Symposium in Kyoto veranstaltet. cf. William Epstein/Toshiyuki Toyoda (eds.), *A New Design for Nuclear Disarmament*, Nottingham 1977. Im Juli 1995 fand die 45. Konferenz in Hiroshima statt. Am 23. Juli wurde die Hiroshima-Deklaration veröffentlicht. cf. Joseph Rotblat/Michiji Konuma (eds.), *Towards a Nuclear-Weapon-free World*, Singapore c1997.

¹⁶ Der erste japanische Nobelpreisträger ist als Hideki Ogawa in Tokyo geboren. Bei der Eheschließung mit Sumi Yukawa 1932 hat er ihren Familiennamen angenommen.

¹⁷ Hideki Yukawa/Shin-ichirô Tomonaga/Shôichi Sakata, *Heiwa Jidai wo Sôzôsuru tameni. Kagakusha wa Uttaeru* (=Um ein friedliches Zeitalter zu bilden. Die Wissenschaftler appellieren), Tokyo 1963.

Yukawa war von 1961 bis 1965 als 5. Präsident der Weltföderalistenbewegung (WFM) und dann als Ehrenpräsident tätig. Als Weltföderalist wünschte er sich eine Weltregierung mit möglichst weitgehenden Hoheitsrechten. Für ihn reichte es nicht aus, die zur Verhinderung eines Krieges direkt notwendigen Befugnisse auf eine Weltregierung zu übertragen. Yukawa meinte, daß es auch nach drastischer Abrüstung einen internationalen Konflikt geben könnte. Um den Völkern der Welt den wahren Frieden zu garantieren, sollte ein „Weltrecht“, das die Regierungen aller Länder beachten müssen, eingeführt und eine supranationale Einrichtung mit entsprechender Macht und Autorität geschaffen werden. Diese Auffassung spiegelt sich im Aufruf der „Kyoto-Konferenz der Wissenschaftler“ wider.

Im August 1963 fand der 11. Weltkongreß der Weltvereinigung der Weltföderalisten zum erstenmal außerhalb Europas statt, nämlich in Japan. Yukawa hielt als Präsident eine programmatische Rede¹⁸. Nachdem er sich erneut vergewissert hatte, daß der Grundgedanke der Weltföderalisten in der über die Staatsgrenzen, Rassen, Religionen und Ideologien erhabenen universalen Menschenliebe liege, machte er auf den Kriegs- und Kriegsmittelverzicht der Japanischen Verfassung aufmerksam. Indem er die Präambel der Japanischen Verfassung zitierte, betonte er, daß sich das japanische Volk davon überzeuge, die Sicherheit des eigenen Landes damit leisten zu können, selber auf einen Krieg zu verzichten und von anderen Völkern die Beobachtung der politischen Moral zu erwarten. Yukawa könne nicht anders denken als daß die Japanische Verfassung entstanden sei mit dem Wunsch „Eine Weltföderation soll realisiert werden“ und der Erwartung „Sie wird realisiert werden.“

Auch in seinem letzten Lebensjahr schrieb Yukawa auf dem Krankenlager, daß die Vorstellung einer Weltföderation keine Illusion sei. Er sei fest davon überzeugt, daß man ihr den Weg mit Sicherheit bahnen werde, solange sich die Menschen wirklich den Frieden und ein glückliches Leben wünschen.

Es ist bemerkenswert, daß Yukawa sowohl in der wissenschaftlichen Arbeit als auch in der Friedensbewegung seiner ursprünglichen Absicht bis zuletzt treu blieb. Auch 20 Jahre nach seinem Tode und mehr als 10 Jahre nach dem Ende des kalten Krieges scheint seine Botschaft immer noch, oder sogar mehr Vitalität und Aktualität zu haben.

Die Gefahr einer nuklearen Selbstvernichtung der Menschheit ist zwar niedrig geworden. Aber ob als humanitäre Intervention oder Terrorbekämpfung, wie auch es immer genannt werden mag: die Gewaltanwendung ist wieder Mittel der Politik geworden. Auch Japan wird immer stärker in die US-amerikanische Militärstrategie einbezogen. Yukawas Engagement für ein friedfertiges gerechtes Zusammenleben macht gerade deshalb nachdenklich, daß die Intellektuellen ständig kritisches Verantwortungsbewußtsein lebendig behalten sollen.

Trotz des geistigen Erbes des großen Physikers darf man seine Problempunkte nicht übersehen. Er lehnte keineswegs die „friedliche Nutzung“ der Atomenergie ab¹⁹. Für ihn war es zwar völlig klar, daß Hiroshima ein Meilenstein zur Selbstvernichtung der Menschheit bedeutet. Aber er hat nirgendwo deutlich darauf hingewiesen, daß Hiroshima als grausame Folge der japanischen Expansions- und Angriffspolitik betrachtet werden soll. In dem Sinne, keine selbstkritische Sicht zur japanischen Vergangenheit zu haben, war Yukawa doch nicht mehr als ein Durchschnittsjapaner von damals, der in seinen Landsleuten ausschließlich die „Opfer“ des Krieges sah.

¹⁸ Yukawa Hideki Chosakushû (=Gesammelte Schriften von Hideki Yukawa), Tokyo 1989, S.201-206.

¹⁹ Vgl. Hideki Yukawa, Was nach dem Atomzeitalter kommen sollte, in: Kagami. Japanischer Zeitschriftenspiegel, 1967 H.2, S.80.

Eisaku Satō – Ein falscher Friedensnobelpreisträger

1974 hat das Nobelpreis-Komitee dem japanischen Ministerpräsidenten a.D. Eisaku Satō (1901-1975) den Friedensnobelpreis verliehen. Satō ist bis heute der einzige Friedensnobelpreisträger aus Japan. Das zum 100-jährigen Jubiläum publizierte offizielle Geschichtsbuch deutet aber an, daß die Preisverleihung an Satō eine Fehlentscheidung war²⁰.

Satō hat als Ministerialbürokrat seine Karriere angefangen. 1947 war er Staatssekretär im Verkehrsministerium. Zwei Jahre später ging er in die Politik, weil ihn der amtierende Ministerpräsident Shigeru Yoshida (1878-1967) zum Wunschkandidaten im Unterhaus machte. Satō war Regierungssprecher, Generalsekretär der Liberalen Partei, Postminister und Bauminister, bevor er im April 1954 dank der politischen Einmischung der Regierung Yoshida der Verhaftung wegen seiner Verwicklung in einen Schiffbaubestechungsskandal knapp entkam.

Nach der Gründung der Liberal-Demokratischen Partei 1955 bekam er Ministerposten für Finanzen sowie Handel und Industrie und leitete seine innerparteiliche Faktion. Er war der Nachfolger der Politik Yoshidas. Vom November 1964 bis Juli 1972 war er Ministerpräsident. Wegen der wirtschaftlichen Hochentwicklung, der Zersplitterung des Oppositionslagers und seiner geschickten Personalpolitik konnte Satō die lange Amtszeit genießen.

Für das Jahr 1974 soll es ursprünglich keine Vergabe des Friedensnobelpreises gegeben haben. Aber schließlich hat man entschieden, Satō und Seán MacBride (1904-1988), Mitgründer von „Amnesty International“, mit dem Preis zu ehren. Der Kämpfer für die Unabhängigkeit Irlands und für Abrüstung und Menschenrechte war Präsident des Internationalen Friedensbüros, dem als Organisation schon 1910 der Friedensnobelpreis verliehen worden war. MacBride selber ist die einzige Person, die sowohl Nobel- als auch Leninpreis bekam²¹. Manche vermuteten, daß der Friedensnobelpreis auch dem Politiker der asiatischen Wirtschaftsmacht verschenkt wurde, um eine regionale Balance zu schaffen.

Die offizielle Begründung der Preisverleihung an den ehemaligen japanischen Ministerpräsidenten hieß, „Die Versöhnungspolitik, die von Satō vertreten wird, hat einen großen Beitrag geleistet, um die sicheren Voraussetzungen des pazifischen Raums zu schaffen. Außerdem behauptet Japan wiederholt, daß man keine Nuklearwaffen haben soll. Japan unterschrieb in der Amtszeit von Satō den Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen (Kernwaffensperrvertrag), was von besonderer Bedeutung ist, gerade wenn die Gefahr groß ist, daß immer mehr Länder Kernwaffen zu haben bestrebt sind. Satōs Verdienst für Versöhnung und Völkerverständigung hat zur Entwicklung des Friedens nicht nur im pazifischen Raum sondern in verschiedenen Regionen der Welt beigetragen²².“

Sicherlich entscheidend war die „Drei Nichtnuklear-Grundsätze“-Politik. Das bedeutet, daß Japan keine Nuklearwaffen produziert, behält und hineinbringen läßt. Diese Grundsätze formulierte der Ministerpräsident Satō am 11. Dezember



²⁰ Der offizielle Historiker des Friedensnobelpreises, Oivind Stenersen, hat die Preisverleihung an Satō als „größten Fehler“ bezeichnet. Das Buch „The Nobel Peace Prize – One Hundred Years for Peace“, zu dem Stenersen wesentlich beitrug, macht herabsetzende Bemerkungen über das Komitee und beschreibt, daß manche Japaner mit Mißtrauen, andere mit Lachen und Ärger auf die Preisverleihung reagiert hatten. In: The Japan Times, September 6, 2001. Vgl. Der Friedens-Nobelpreis von 1971 bis 1974 (Der Friedens-Nobelpreis von 1901 bis heute, Band 9), Zug 1991.

²¹ Nachdem man ihm die Verleihung des Friedensnobelpreises mitgeteilt hatte, äußerte MacBride, daß Amnesty International als Organisation mit dem Friedensnobelpreis geehrt werden sollte. Drei Jahre später wurde sein Wunsch erfüllt.

²² Asahi-Shimbun, 9. Oktober 1974, Abendausgabe, S.2.

1967 im Haushaltsausschuß des Unterhauses. Am 24. November 1971 beschließt das Parlament bei der Debatte im Zusammenhang mit der Rückkehr von Okinawa diese Grundsätze. Seitdem sind sie das wichtige politische Prinzip Japans.

Doch den Verdacht, daß der dritte Grundsatz nicht beachtet sei, gab es von Anfang an. Denn Japan war schon damals in die nukleare Militärstrategie der USA einbezogen. Es war unvorstellbar, daß die amerikanischen Flugzeugträger und Atom-U-Boote die Nuklearwaffen extra abnehmen, wenn sie einen japanischen Hafen anlaufen.

Am 6. Oktober 1974, kurz vor der Bekanntmachung der Nobelpreisverleihung an Satô, wurde die Zeugenaussage des amerikanischen Konteradmirals a.D. Gene La Rocque im Gemeinsamen Atomkraftausschuß der beiden amerikanischen Kammern veröffentlicht. Er sagte am 10. September 1974, daß die Amerikaner keine Kernwaffen von Bord entfernen, wenn sie in einen ausländischen Hafen einlaufen²³. Seine Aussage überschattete die Ehrung von Satô.

Satô gab sich von der Mitteilung völlig überrascht. Er sagte, daß er als Vertreter der Nation den Friedensnobelpreis bekomme, weil sich Japan, vom Kaiser und bis zum Volk, auf den Frieden konzentriere und auch weil die Japaner ursprünglich als friedliebendes Volk geschätzt worden seien. Die damals noch kritische „Asahi“-Zeitung zeigte ihr Verständnis für diese Auffassung, nachdem sie von der Skepsis über die Preisverleihung offen gesprochen hatte²⁴.

Die Reaktion der japanischen Öffentlichkeit auf die Preisverleihung war wirklich alles andere als Begeisterung. Der in der Friedensbewegung engagierte Nobelpreisträger für Physik Tomonaga sagte ablehnend: „Dazu möchte ich nichts sagen. Das ist gerade meine Stimmung. Verschonen Sie mich bitte mit weiteren Fragen.“

In Japan verbreitete sich sogar Enttäuschung über das Nobelpreis-Komitee selbst. Ein populärer Schriftsteller meinte, daß der Grund der Preisverleihung sei wenig haltbar. Er erinnerte an den Friedensnobelpreis des vorigen Jahres. Die Preisträger waren der amerikanische Außenminister Henry Kissinger und der nordvietnamesische Amtskollege Le Duc Tho²⁵. Die beiden Politiker verhandelten zwar den Waffenstillstand zum Ende des Vietnamkrieges aus. Aber während Tho vom humanitären Standpunkt für den Frieden gekämpft habe, habe Kissinger nur in der zwischenstaatlichen Taktik keine andere Politik vertreten können. Auch Satô sei so ein Politikmacher. Eine 26-jährige Angestellte kommentierte empört, daß auch Adolf Hitler dafür berechtigt gewesen wäre, wenn Satô den Friedensnobelpreis erhalten könne²⁶.

Satô war in der Tat kein Streiter gegen Atomwaffen. Er vertrieb unbeirrt die Politik der Stärke, daß Japan aufgrund des Sicherheitsvertrages mit den USA unter dem amerikanischen Atomschirm bleibt. Als der amerikanische Atomflugzeugträger Enterprise im Januar 1968 Sasebo auf der Insel Kyûshû anlief, unterdrückte er mit der massiven Polizeigewalt die Friedensdemonstrationen.

Als Antikommunist unterstützte Satô vehement den südvietnamesischen Marionettenstaat und die amerikanische Kriegspolitik gegen Vietnam. Mit dem Vertrag mit Südkorea vom 22. Juni 1965 hat er dem südkoreanischen Teilstaat einseitig beigestanden, der unter der Militärdiktatur von Park Chung Hee stand. Er nahm einen Konfrontationskurs gegen die Volksrepublik China und beharrte auf der engen Freundschaft mit Taiwan von Chiang Kai-shek.

²³ Es gab weitere Aussagen, die das Hineinbringen der Kernwaffen in Japan bestätigten. Im Mai 1981 sagte z.B. der Botschafter a.D. Edwin Oldfather Reischauer, daß es eine mündliche Verständigung zwischen der amerikanischen und der japanischen Regierung gebe, die Durchfahrt der amerikanischen Kriegsschiffe und das Überfliegen der Flugzeuge mit Kernwaffen an Bord durch japanische Hoheitsgewässer und territorialen Luftraum bedeute keine Hineinbringung der Kernwaffen. Die amerikanischen Schiffe mit Kernwaffen laufen tatsächlich Japan an.

²⁴ Asahi-Shimbun, 10. Oktober 1974, S.5.

²⁵ Tho nahm den Preis nicht an, weil der Frieden in Vietnam noch nicht erreicht war.

²⁶ Asahi-Shimbun, 9. Oktober 1974, Abendausgabe, S.11.

Heute ist der Zweifel, daß die Regierung Satô die „Drei Nichtnuklear-Grundsätze“ nicht beachtete, als berechtigt bewiesen. Gegenüber dem immer wieder auftauchenden Verdacht, daß die Amerikaner die Kernwaffen in Japan hineingebracht hätten, wiederholte die japanische Regierung ständig die dürftige Ausrede: Im Notenaustausch über die Durchführung von Artikel 6 des japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrags stehe, daß es das Thema der Vorbesprechung zwischen den beiden Regierungen sein sollte, wenn die amerikanische Armee eine wichtige Änderung der militärischen Ausrüstung durchführe. Die japanische Regierung sei fest davon überzeugt, daß die Amerikaner keine Kernwaffen hineingebracht hätten, weil sie niemals eine Vorbesprechung angeboten hätten²⁷.

Im Mai 1994 offenbarte ein ehemaliger Geheimbote der japanischen Regierung, Kei Wakaizumi, daß ein Geheimprotokoll beim japanisch-amerikanischen Gipfeltreffen vom November 1969 aufgenommen worden war. Der Professor für Internationale Beziehungen schrieb, die beiden Regierungen seien einig darüber gewesen, daß die USA in einem ernststen Notfall die Kernwaffen in die seit dem 15. Mai 1972 wieder japanische Präfektur Okinawa hineinbringen²⁸. Die „Drei Nichtnuklear-Grundsätze“ sind als Fiktion erwiesen worden.

Im Dezember 2000 kamen die offiziellen Dokumente ans Licht, die bestätigten, daß der Chef des Amtes für Verteidigung, Yasuhiro Nakasone, beim USA-Besuch im September 1970 den Amerikanern zuließ, im Ausnahmefall die Kernwaffen hineinzubringen²⁹. Nakasone war nicht mehr in der Lage, die Meldung zu dementieren, daß er als Kabinettsmitglied der Regierung Satô das politische Prinzip von „Drei Nichtnuklear-Grundsätzen“ mißachtete. Und es ist logisch anzunehmen, daß der Regierungschef mit Nakasone einverstanden gewesen sein muß.

Mit dem Friedensnobelpreis hat die Familie Satô eine reiche Stiftung gegründet. Sie sollte m.E. den Preis zurückgeben, weil die Verleihung als unbegründet erwiesen ist. Oder das Nobelpreis-Komitee sollte die Verleihung des Friedensnobelpreises an Eisaku Satô für ungültig erklären.

**Fortsetzung kommt
im nächsten Quarterly**

²⁷ Reischauer interpretierte diesen Notenaustausch, daß die „Durchfahrt“ keine „wichtige Änderung der Ausrüstung“ bedeute.

²⁸ Vgl. Kei Wakaizumi, *The Best Course Available: A Personal Account of the Secret U.S.-Japan Okinawa Reversion Negotiations*, Honolulu 2002.

²⁹ *Asahi-Shimbun*, 20. Dezember 2000, S.1f.

Impressum

Herausgeber: Deutsch-Japanische Friedensforum Berlin e. V. (DJF Berlin)

Das DJF-Quarterly ist ein Informations- und Mitteilungsblatt des DJF Berlin und erscheint zur Zeit noch unregelmäßig.

Redaktion: E. Eichhorn und F. Schwarz,

Lektorat und redaktionelle Mitarbeit: S. Eichhorn, Dr. B. Gappa,

Redaktionsanschrift: DJF Quarterly c/o. E. Eichhorn, Menckenstr. 6, D - 12169 Berlin,

E-Mail: eichhorn@tfh-berlin.de,

Homepage: <http://www.djf-ev.de>

Satz und Layout: EwaLuTi, nadine.lucas@gmx.de, Fon: (030) 640 920 88

Fotos: Bildarchiv EwaLuTi

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des DJF Berlin wieder. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Der Preis für Nicht-Mitglieder beträgt 5,00 €.

Das Deutsch-Japanische Friedensforum Berlin e. V. ist als gemeinnützig anerkannt.

Vereinsregister Berlin Nr. 95 VR 9725 NZ,

Bankverbindung

Kto-Nr.: 44 47 19 - 103, Postbank Berlin, BLZ: 100 100 10

Hiroshima

Peace Declaration

August 6, 2003

This year again, summer's heat reminds us of the blazing hell fire that swept over this very spot fifty-eight years ago. The world without nuclear weapons and beyond war that our hibakusha have sought for so long appears to be slipping deeper into a thick cover of dark clouds that they fear at any minute could become mushroom clouds spilling black rain.

The nuclear Non-Proliferation Treaty, the central international agreement guiding the elimination of nuclear weapons, is on the verge of collapse. The chief cause is U.S. nuclear policy that, by openly declaring the possibility of a pre-emptive nuclear first strike and calling for resumed research into mini-nukes and other so-called "useable nuclear weapons," appears to worship nuclear weapons as God. However, nuclear weapons are not the only problem. Acting as if the United Nations Charter and the Japanese Constitution don't even exist, the world has suddenly veered sharply away from post-war toward pre-war mentality. As the U.S.-U.K.-led war on Iraq made clear, the assertion that war is peace is being trumpeted as truth. Conducted with disregard for the multitudes around the world demanding a peaceful solution through continued UN inspections, this war slaughtered innocent women, children, and the elderly. It destroyed the environment, most notably through radioactive contamination that will be with us for billions of years. And the weapons of mass destruction that served as the excuse for the war have yet to be found.

However, as President Lincoln once said, "You can't fool all the people all the time." Now is the time for us to focus once again on the truth that "Darkness can never be dispelled by darkness, only by light." The rule of power is darkness. The rule of law is light. In the darkness of retaliation, the proper path for human civilization is illumined by the spirit of reconciliation born of the hibakusha's determination that "no one else should ever suffer as we did."

Lifting up that light, the aging hibakusha are calling for U.S. President George Bush to visit Hiroshima. We all support that call and hereby demand that President Bush, Chairman Kim Jong Il of North Korea, and the leaders of all nuclear-weapon states come to Hiroshima and confront the reality of nuclear war. We must somehow convey to them that nuclear weapons are utterly evil, inhumane and illegal under international law. In the meanwhile, we expect that the facts about Hiroshima and Nagasaki will be shared throughout the world, and that the Hiroshima-Nagasaki Peace Study Course will be established in ever more colleges and universities.

To strengthen the NPT regime, the city of Hiroshima is calling on all members of the World Conference of Mayors for Peace to take emergency action to promote the abolition of nuclear weapons. Our goal is to gather a strong delegation of mayors representing cities throughout the world to participate in the NPT Review Conference that will take place in New York in 2005, the 60th year after the atomic bombing. In New York, we will lobby national delegates for the start of negotiations at the United Nations on a universal Nuclear Weapons Convention providing for the complete elimination of nuclear weapons.

At the same time, Hiroshima calls on politicians, religious professionals, academics, writers, journalists, teachers, artists, athletes and other leaders with influence. We must establish a climate that immediately confronts even casual comments that appear to approve of nuclear weapons or war. To prevent war and to abolish the absolute evil of nuclear weapons, we must pray, speak, and act to that effect in our daily lives.

The Japanese government, which publicly asserts its status as "the only A-bombed nation," must fulfill the responsibilities that accompany that status, both at home and abroad. Specifically, it must adopt as national precepts the three new non-nuclear principles - allow no production, allow no possession, and allow no use of nuclear weapons anywhere in the world - and work conscientiously toward an Asian nuclear-free zone. It must also provide full support to all hibakusha everywhere, including those exposed in "black rain areas" and those who live overseas.

On this 58th August 6, we offer our heartfelt condolences to the souls of all atomic bomb victims, and we renew our pledge to do everything in our power to abolish nuclear weapons and eliminate war altogether by the time we turn this world over to our children.

Tadatoshi Akiba
Mayor
The City of Hiroshima

Hiroshima

Friedenserklärung

(Zusammenfassung)

Der Traum der Hibakusha – eine Welt ohne Kernwaffen und ohne Krieg – ist in Gefahr.

Der Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen läuft Gefahr, außer Kraft gesetzt zu werden. Hauptursache ist die Atompolitik der USA (preemptive atomare Erstschlag; Entwicklung von Mini-nukes und andere anwendbare Kernwaffen). Entwicklung einer Vorkriegsmentalität, unabhängig von der UN-Charta und der japanischen Verfassung. Irakkrieg ein Beweis für eine Politik der Missachtung der Mehrheitsmeinung in der Welt.

Die Herrschaft dieser Machtpolitik bringt Dunkelheit. Aufhellung – im Sinne von Aufklärung und Erinnerung - ist notwendig. Deshalb:

Implementierung des Hiroshima-Nagasaki Peace Study Course in immer mehr Colleges und Universitäten rund um den Erdball

Aufruf an alle Mitglieder der Weltkonferenz der Bürgermeister für Frieden, den Prozess der Durchsetzung des Nichtweiterverbreitungsvertrages Kernwaffen (NPT) zu unterstützen, insbesondere mit Blick auf die NPT-Konferenz 2005 in New York
Aufruf an alle Politiker, Akademiker, Schriftsteller, Journalisten, Lehrer, Künstler, Sportler und an andere Führer mit Einfluss sich einzusetzen, dass das Ringen für die Verhinderung von Kriegen und für die Vernichtung von Kernwaffen in das tägliche Leben Einzug hält

Forderung an die japanische Regierung, die Herhaushebung Japans als die einzige Nation, die mit Kernwaffen bombardiert wurde, durch die Annahme der neuen 3 nichtnuklearen Prinzipien zu unterstreichen.

Nagasaki

Peace Declaration

August 9, 2003

Today, the modern buildings and houses of Nagasaki's verdant cityscape make it difficult to imagine what happened here at the end of the Second World War on August 9 at 11:02 AM, fifty-eight years ago. An American aircraft dropped a single atomic bomb that was detonated at an altitude of about 500 meters over the district known as Matsuyama-machi. In an instant, the resulting heat rays, blast wind, and radiation descended upon Nagasaki and transformed the city into a hell on Earth. Some 74,000 people were killed, and 75,000 injured. Many of those who were spared from death were afflicted with incurable physical and mental wounds, and many continue today to suffer from the aftereffects of the atomic bombing, and from health problems induced by the stress of their experience. We have ceaselessly called for the eradication of nuclear weapons and the establishment of world peace, so that such a tragedy is never repeated.

Nevertheless, in March of this year, the US and the UK launched a preemptive attack on Iraq, whom they accused of possessing weapons of mass destruction. In the ensuing war, waged in the absence of a United Nations resolution, the lives of many civilians were sacrificed in addition to those of soldiers. We deeply regret that this conflict could not be averted, despite our appeals for a peaceful resolution based on international cooperation, and a rising worldwide anti-war movement.

In January of last year, the United States government conducted a nuclear posture review, recommending the development of mini-nuclear weapons and the resumption of nuclear explosions for test purposes, and openly proposing the use of nuclear weapons under certain circumstances. At the same time, following nuclear tests by India and Pakistan, the disclosure by North Korea that it too possesses nuclear weapons has served to heighten the tension of international society. International agreements supporting nuclear disarmament, nuclear non-proliferation, and the prohibition of all nuclear weapons testing now appear to be on the verge of collapse.

Mother Theresa, when she visited Nagasaki, commented as she viewed a picture of a boy whose body had been burnt black in the atomic bombing, "The leaders of all the nuclear states should come to Nagasaki to see this photograph." We do indeed invite the leaders of the US and the other nuclear weapons states to visit the Nagasaki Atomic Bomb Museum, so that they may witness with their own eyes the tragic outcome of these instruments of destruction.

We also urge the government of Japan, the only country to have sustained a nuclear attack, to stand at the forefront of efforts to eliminate nuclear weapons. In response to concerns voiced both domestically and internationally over the possibility of Japan's remilitarization and nuclear armament, the government must uphold the principle of an exclusively defensive posture, and the Three Non-Nuclear Principles (stating that Japan will not possess, manufacture or allow nuclear weapons into the country) must be passed into law, thus demonstrating the sincerity of Japan's intentions. The Korean Peninsula Non-Nuclear Joint Statement must be realized in cooperation with other nations, and, based on the spirit of the Pyongyang Declaration, work must begin on the establishment of a Northeast Asia nuclear-weapon-free zone.

It is our hope that younger generations may continue to work for the advancement of science and technology in pursuit of human happiness. May they also consider what has been wrought upon humanity when these have been misused, and learn from the events of Nagasaki and Hiroshima. May they turn their eyes to the wider world around them, consider what must be done to bring about peace, and join hands in concerted action.

Here in Nagasaki, the hibakusha atomic bomb survivors, growing increasingly older, are continuing to earnestly retell their experiences of the atomic bombing, and large numbers of young people are actively engaged in peace promotion and volunteer activities. Nagasaki City will persevere in providing opportunities for learning and reflection, that the experiences of the atomic bombing may not become lost and forgotten. In November of this year, we will host for the second time the Nagasaki Global Citizens' Assembly for the Elimination of Nuclear Weapons, an international gathering of peace-supporting NGOs and individuals, held in advance of the 2005 Review Conference of the Parties to the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons, calling to the peoples of the world for the abolition of nuclear weapons.

Today, on the 58th anniversary of the atomic bombing, as we pray for the repose of those who died and recall to mind their suffering, we the citizens of Nagasaki pledge our commitment to the realization of true peace in the world, free from nuclear weapons.

Ichho Itoh
Mayor of Nagasaki
August 9, 2003

Nagasaki

Friedenserklärung

(Zusammenfassung)

Beschreibung der Folgen des Atombombenabwurfs und Beschreibung der Tendenzen in der Welt für die militärische Lösungen von Konflikten (Irakkrieg) und für den Einsatz von Atomwaffen (insbesondere durch die neuen Optionen in den USA).

Einladung an alle Staaten, die Nuklearwaffen besitzen, sich vor Ort mit den Folgen des Kernwaffeneinsatzes bekannt zu machen.

Forderung an die japanische Regierung, sich für die Vernichtung von Atomwaffen einzusetzen; eine Verteidigungspolitik zu betreiben; die drei Nichtnuklearen Prinzipien in ein Gesetz zu bringen und sich für eine nordostasiatische atomwaffenfreie Zone zu engagieren.

Hoffnung, dass die jüngeren Generationen die Entwicklung von Wissenschaft und Technik für das Glück der Menschen vorantreiben werden.

Nagasaki wird alles tun, damit die Erfahrungen der Atombombenabwürfe nicht vergessen werden und nicht verloren gehen.

Deshalb in diesem Jahr im November das zweite internationale Nagasaki Bürger Treffen für die Beseitigung der Kernwaffen als Vorbereitung für die Überprüfungs-konferenz zum Nichtweiterverbreitungsvertrag von Atomwaffen im Jahre 2005 mit dem Aufruf an alle Menschen der Welt, sich für die Vernichtung der Atomwaffen einzusetzen.

Buchbesprechung

„Pearl Harbor - Wie die amerikanische Regierung den Angriff provozierte und 2476 ihrer Bürger sterben ließ“ von Robert B. Stinnett

Dipl.- Ing. Jürgen Schröter

In das kollektive Gedächtnis hat sich der Name "Pearl Harbor" eingebrannt als Chiffre für militärische Infamie und für ein Verhängnis, das Nichtsahnenden aus heiterem Himmel droht. Dies ist ein "Verdienst" derjenigen "Hofhistoriker" der USA, die verhindern wollten, daß die Wahrheit über Hintergründe des Angriffs auf Pearl Harbor - die wenig schmeichelhaft für die damalige US-Regierung unter Präsident Franklin D. Roosevelt sind - eine breite Öffentlichkeit erreicht.

Natürlich stimmt es, daß japanische Kampfflugzeuge von ihren sechs Flugzeugträgern aus den US-Flottenstützpunkt am Morgen des 7. Dezember 1941 (einem Sonntag) angriffen - und zwar ohne Kriegserklärung! Ebenso wahr ist, daß dieser Angriff auf Seiten der USA erhebliche Opfer an Menschen und Material kostete.

Die Behauptungen jedoch, daß dieser japanische Angriff heimtückisch erfolgte und die USA zum Kriegseintritt zwang, ist nichts als eine Legende. Richtig ist, daß

die damalige US-Regierung einen Grund suchte - und in Pearl Harbor fand -, in den bis dahin "europäischen Krieg" einzutreten. Die große Mehrheit der US-Bevölkerung war nämlich gegen eine Kriegsbeteiligung eingestellt! Erst nach dem Pearl-Harbor-Angriff war ein Kriegseintritt der USA kein Problem mehr. So wurde dieser Krieg zum 2. Weltkrieg, der schließlich in den Abwürfen von Atombomben über Hiroshima und Nagasaki endete.

Bereits die Ergebnisse des "Joint Committee on the Investigation of the Pearl Harbor Attack" von 1945/46 beweisen, mit welchen Mitteln - Handels- und Ölembargo u.v.m. - die damalige US-Regierung Japan zu einer Reaktion provozierte. Diese Ergebnisse dieses Untersuchungsausschusses wurden damals durchaus publiziert, jedoch berichtete die Mehrheit der Medien in den USA im Sinne des inzwischen verstorbenen Präsidenten Roosevelt, der als Kriegsheld gefeiert wurde.

In seinem neuen Buch veröffentlicht der Historiker Robert B. Stinnett das Ergebnis seiner Auswertung von 200.000 Dokumenten und zahllosen Interviews. So spannend wie die Geschichte um Pearl Harbor, ist auch die-

ses Buch. Es enthält Fotos von den handelnden Personen sowie von sehr vielen Dokumenten, die den wirklichen Hergang belegen. Dies gilt für die militärische Seite von Pearl Harbor und besonders für die politischen Absichten und die Erkenntnisse der US-Geheimdienste. Diese hatten bereits Monate vor Pearl Harbor die wichtigsten Funkcodes der Japaner geknackt und konnten den diplomatischen und militärischen Nachrichtenverkehr der Japaner mithören. Die Behauptung, der japanische Überfall sei "heimtückisch" erfolgt, ist im Lichte dieser Fakten infam!

Die Originalausgabe dieses Buch ist unter dem Titel "Day of Deceit - The Truth about FDR and Pearl Harbor" im Jahr 2000 bei Touchstone erschienen. Das Bild zeigt die deutsche Ausgabe dieses Buches, das es nur bei Zweitausendeins im Versand oder einem Zweitausendeins-Laden gibt. Es kostet 14,90 EUR und hat 566 Seiten. Kontakt: www.Zweitausendeins.de oder FON 01805-23-2001. ISBN 3-86150-603-3.



Shoko Ahagon auf Okinawa Ein Jahrhundertkampf gegen das Pentagon

von Irma Richter

Seit dem 11. September 2001 hat der „Kult der Gewalt“ einen neuen Schub erhalten. Damit wird eine verhängnisvolle Tradition weiter verstärkt. Eine andere Antwort auf den Kult der Gewalt ist der Versuch, eine „Kultur des Friedens“ zu fördern, zu lehren und einzuüben. In der Bevölkerung Okinawas ist so eine Tradition lebendig geblieben. Als vor 200 Jahren Kapitän Basil Hall im Auftrage der britischen Admiralität die asiatischen Gewässer durchquert und sich einen Überblick über das Gelbe Meer, die Küste Koreas und die Ryukyu-Inseln verschafft hatte, kehrte er auf der Rückreise beim gefangenen, nach Informationen hungernden Napoleon auf St. Helena ein. Nichts von allen Abenteuern, Neuigkeiten, Erfahrungen im asiatischen Meer erregte den Kaiser aber mehr als dass es dort ein Königreich ohne Waffen gäbe. „Ohne Waffen!“ rief er aus, „wie schlägt man sich da?“ Genau das wurde auch die Frage von Shoko Ahagon.

Die Bauern in Okinawa waren immer arm, auch in den „Großen Tagen“ des Ryukyu-Königreichs, als König Sho Shin alle Waffen im Reich einsammelte und unter Verschluss brachte. Ryukyu war als Tributstaat Chinas zu Ansehen, Wohlstand und kultureller Blüte gekommen. Aber es standen schwere Zeiten bevor. Weil Ryukyu sich weigerte, einen Eroberungsfeldzug des japanischen Shogun zu unterstützen, musste es Japans Kontrolle über seinen Handel dulden und außerdem an Japan Tribut zahlen. Zudem drangen immer mehr westliche Schiffe mit Kaufleuten, Missionaren und neuen Waffen an Bord in die Gewässer ein und versuchten, Okinawa als Sprungbrett in das sagenhafte Nippon zu benutzen, sodass die Japaner ihrerseits es als Bastion gegen die fremden Eindringlinge betrachteten. 1879 schließlich wurden die Ryukyu-Inseln von Japan annektiert, das 450 Jahre alte Königreich aufgelöst und zu einer japanischen Provinz erklärt.



In den jahrelangen Verhandlungen zur Annektion bestanden die Politiker Okinawa darauf, dass kein Militär auf der Insel stationiert würde. Okinawa habe sich in seiner Geschichte auf freundschaftliche Beziehungen zu seinen Nachbarn verlassen und Jahrhunderte Frieden genossen. Eine Garnison könnte feindliches Interesse und feindliche Mächte provozieren, mit denen Okinawa keinen Streit habe. Vergeblich: Die Japaner legten eine Garnison in das Schloss.

Um diese Zeit müssen Ahagon's Eltern geboren sein. Sie erlebten, wie die Bevölkerung von den Japanern umerzogen wurde, die heiligen Stätten bekamen Shinto-Shrine für die Verehrung des Kaisers, und alle jungen Männer mussten Soldaten werden. Sie haben ihm erzählt, wie sich die Jungen gewehrt haben - nirgends im japanischen Kaiserreich gab es so viele Wehrdienstverweigerer wie auf Okinawa. Einige verstümmelten sich, andere wanderten aus. Sie haben miterlebt, wie sich die Bevölkerung der Halbinsel Motobu gegen den Verkauf des Somoyama-Waldes durch die japanische Regierung wehrte. Der Somoyama war eine Art kommunaler Wald, in dem die Bauern sich nach Bedarf Feuerholz oder Bauholz holen konnten. Auf den kleinen Inseln Miyako und Yaeyama mussten die Leute eine Kopfsteuer zahlen. Der größte Teil der landwirtschaftlichen Produkte

wurde ihnen genommen. Sie wandten sich an die Öffentlichkeit durch die Zeitung und brachten ihre Petition vor das eben erst auf Druck der Bürgerrechtsbewegung eingerichtete Parlament. Den Protest in Okinawa mit der Bewegung in Japan zu verbinden, war ein erfolgreicher Weg.

Shoko Ahagon wurde 1903 in einem armen Bauernhaus auf der okinawanischen Halbinsel Motobu geboren. Als er 22 Jahre alt war, beschloss er, nach Südamerika zu gehen, um zu arbeiten und genug Geld zu verdienen für ein Lehrstudium. Er folgte einer Bekanntmachung, die Emigranten nach Kuba warb.



Ahagon: „In Kuba gaben sie uns einen guten Vertrag. Sie gaben uns Land umsonst. Aber das Land war ein Stück Wald mit Riesenbäumen. Sie gaben uns Maschinen, das Land zu roden. Sie gaben uns auch zu essen, während wir arbeiteten. All das hatten wir in den Läden der Kapitalisten zu kaufen. Das bedeutete, dass die Emigranten abhängige Bauern der Kapitalisten waren und wie Sklaven behandelt wurden, solange sie dort lebten. Damals habe ich gelernt, wie kapitalistische Ausbeutung funktioniert. Ich habe auch gelernt, dass es Ermutigung gibt, wenn wir uns gegenseitig helfen und zusammenstehen. So kehrte ich aus Südamerika zurück.“

Dann begannen Ahagons Lehrjahre in Tokyo, Kyoto und Shizuoka. Dort lernte er Nishida Tenko kennen, der eine Gemeinschaft gründete, in der die Menschen miteinander arbeiten und den Gewinn untereinander teilen. Um Landwirtschaft zu studieren, ging Ahagon mit Unterstützung des YMCA in eine Schule, die von Uchimura Kenzo aufgebaut worden war, einem Christen, dem Begründer der Mu Kyokai (Christen ohne verfasste Kirche). Es war eine Schule „im dänischen Stil“ nach dem Muster der Volkshochschulen des Dänen Grundtvig im 19. Jahrhundert. Grundtvig war es wichtig, auch geschichtliche und gesellschaftliche Strukturen zu erkennen und die Wertschätzung harter Arbeit zu fördern.

Ahagon schloss seine Studienzeit 1934 ab und beschloss, so eine Schule auf der Kleinen Insel Ie zu bauen, die vor der heimatlichen Halbinsel Motobu liegt. Die Bauern, die doch allezeit die lebensnotwendigen Dinge für die Menschen beschafft hatten, waren oft betrogen und für Narren gehalten worden. Sie sollten durch Kenntnisse ihrer Situation selbstbewusst werden.

1944 war der Bau der Schule zu 80% fertig. Aber im selben Jahr errichteten die Japaner auf Ie einen Luftwaffenstützpunkt als Basis für die Eroberung anderer asiatischer Länder. Wegen dieses Stützpunktes war Ie dreimal Ziel eines amerikanischen Luftwaffenangriffs. Dann wendete sich das Blatt, und die japanische Armee musste einen Landeangriff der stetig gegen Japan vorrückenden Amerikaner befürchten. Alle Bewohner der Insel wurden eilig zu Befestigungsarbeiten herangezogen.

Am 16. April 1945 landeten 80 Tanks und 1000 amerikanische Soldaten auf Iejima. Auf der Hauptinsel Okinawa tobte schon seit Wochen die Schlacht und zerstörte, was dem Volk aus seiner Geschichte überliefert war. In der Tradition Okinawas hatte es keine militaristischen Ideen, keinen Nationalismus und keine Kaiserverehrung gegeben. Aber immer und immer wieder war die Bevölkerung indoktriniert worden mit Angst und Hass gegen Amerika und Britannien als den wilden Tieren und Teufeln.

Ahagon: „Japanische Propaganda behauptete, die Amerikaner würden Massaker verüben. Aber es waren die japanischen Soldaten, die die Kinder beschuldigten, ihr Weinen würde sie den Amerikanern verraten, man sollte sie töten. Dagegen

sahen wir einen amerikanischen Soldaten, der ein Baby neben seiner toten Mutter fand und ihm Milch zu trinken gab. So erkannten wir, dass sie doch Menschen waren. Und ist Japan wirklich ein göttliches Land? Es hatte Taiwan, Korea, die Mandchurei kolonisiert und halb Asien erobert, Japan war ein Räuber! Und als ich erfuhr, dass es in der amerikanischen Geschichte Staatsmänner wie Franklin, Washington und Lincoln gegeben hatte und dass es die Sklaverei abgeschafft hatte, wusste ich, dass es ein göttliches Land sein musste“.



Fast drei Monate dauerte die schreckliche Schlacht auf Okinawa. Auf beiden Seiten kamen tausende Menschen um und zwischen ihnen die Zivilbevölkerung. 1947, nach zweijährigem Internierungslager auf anderen Inseln kehrte die Bevölkerung Iejimas auf ihre Insel zurück. In der Zuversicht, dass der Friede zurückgekehrt sei, bauten sie ihr Leben wieder auf.

Auch Ahagon begann mit dem Neubau der Schule, seinem Lebenstraum. Lange warteten er und seine Frau noch auf die Rückkehr ihres Sohnes, bis sie erkennen mussten, dass er im Krieg getötet worden war. Er hatte ein Lehrer der neuen Schule werden wollen. Inzwischen war auch schon mehr als 60% der Insel von der US-Armee zu Militärgelände gemacht worden.

Und Mitte 1953 machten die Bewohner eine böse Erfahrung. Ahagon berichtet: „Die amerikanischen Soldaten kamen und sagten uns, sie hätten Befehl, die Insel zu vermessen, wie sie es auf der Hauptinsel Okinawa getan hätten. Wir waren etwas befremdet, begleiteten sie aber bei ihrer Erkundung von Gebäuden und Gräbern. Auf dem Rückweg versammelten sie die Bürger und sagten. Ihr habt uns heute gut geführt, wir danken euch. Damit wir euch für eure Arbeit bezahlen können, müsst ihr eure Unterschrift unter dieses Dokument setzen. Und jeder unterschrieb.“

Später stellte sich heraus, dass sie mit ihrer Unterschrift der Evakuierung von 152 Häusern zugestimmt hatten. Sie hatten nicht gewusst, was ein „Erlass“ oder was eine „Proklamation“ ist, Erst recht wussten sie nicht, dass im amerikanischen Parlament das Pentagon gesiegt hatte mit seiner Vorstellung, die Ryukyu-Inseln zu „behalten“, auch nach dem Friedensvertrag mit Japan.



Für Ahagaon waren die Amerikaner doch wieder Teufel! Ahagon: „Es ist schwer, mit Teufeln zu kämpfen. Wenn man sie tötet, werden sie wieder lebendig. Es gab nur einen Weg: Wir mussten die teuflischen Amerikaner wie Menschen behandeln, damit sie Menschen werden. Wir entwickelten darum unsere speziellen Regeln für unsere Verhandlungen mit ihnen: Wenn wir mit Amerikanern sprechen, benutzen wir keine provozierende, beleidigende Sprache. Wir erheben unsere Hände nie höher als bis zu den Ohren, sonst könnten sie uns beschuldigen, wir wendeten Gewalt an mit Okinawa-Karate oder mit unseren Fäusten. Wir wollen auch unbewusst keinen aggressiven Eindruck erwecken. Wir wollen alles öffentlich machen, was uns geschieht... Das wurden die Regeln für unseren Kampf.“

Im März kamen 300 amerikanischen Soldaten, zerstörten 13 Bauernhäuser und plünderten das Gebiet. Sie hörten nicht auf die Bitten der Kranken und Schwachen, jagten sie in 2-3 Minuten aus den Häusern und luden sie auf Trucks.

Einer sagte: „Dieses Land ist mit amerikanischem Blut erobert worden; ihr habt hier kein Recht.“ Auch Ahagons Haus und die Schule wurden zerstört. Die Vertriebenen wurden in alten amerikanischen Militärzelten untergebracht. Die Zelte waren undicht, es regnete hinein. Die Sonne brütete auf den Planen. Es gab Mücken und anderes Ungeziefer. Die Bauern konnten nicht verstehen, warum die Amerikaner bestes Ackerland in Militärgelände verwandelten, wie sie Leben spendende Erde zu todbringendem Training missbrauchen konnten.



Ahagon reiste in die Hauptstadt und berichtete vor der Zivilregierung und auf den Strassen von der Zerstörung, bis Beamte kamen und sich überzeugten und versprachen, Meldung zu machen. Die Armee umzäunte das beschlagnahmte Gelände und stellte Verbotsschilder auf. Sie nahmen Feuerholz und

Bauholz. Sie begannen mit den Übungen und beschossen auch das Vieh und die Gräber. Ein 6jähriges Mädchen wurde schwer verletzt.

Als Antwort auf die Klagen der Vertriebenen erklärte ein Offizier: „Wir haben eine so große Verantwortung für den Osten und für Okinawa, dass sie die kleinen Dispute mit 13 Haushalten bei weitem aufwiegt.“

Abgeschnitten von ihrer Lebensgrundlage beschlossen die Bauern in einer Bezirksversammlung, ihre Felder innerhalb des Zaunes zu bestellen und ihren Widerstand auf Tafeln und Bannern zu unterstreichen. Sie stellten weißen Fahnen auf und begannen mit der Feldarbeit, während die Geschosse über ihre Köpfe flogen. Gleichzeitig baute eine andere Gruppe vor dem Gebäude der amerikanischen Zivilverwaltung eine Hütte auf und richtete sich auf einen langen Sitzstreik ein. Mehr als 100 Bauern waren im Militärgelände auf die Felder gegangen. Sie bestanden darauf, denn sie hätten mit ihren Familien nicht existieren können. Einmal hatte die Regierung der Ryukyu einen Lebensmittelzuschuss gewährt, musste ihn aber nach 2 Wochen auf Befehl der Amerikaner wieder streichen, da die Leute nicht mit ihren Protesten gegen den Landraub aufgehört hatten



Aus den Bauern, die aufs Feld gegangen waren, wurden eines Tages 32 wahllos herausgegriffen, vor Gericht gestellt und zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Frauen protestierten, sie wussten, dass sie nicht überleben konnten ohne die Ernte. Zwei Frauen waren unterdessen durch Unterernährung gestorben, die eine war schwanger, die andere hatte gerade ein Baby geboren. Eine Untersuchung, die daraufhin angeordnet wurde, ergab, dass 80% der Bevölkerung unterernährt waren. Die protestierenden Frauen erreichten, dass die Urteilssprüche ausgesetzt wurden. Sobald die Bauern entlassen waren, gingen sie wieder an die Feldarbeit obwohl sie neue Verhaftung riskierten.

Diesmal gossen die Soldaten Gasolin über die Felder und zündeten sie an. Drei Tage wütete das Feuer und zerstörte außer den Feldern auch Windschutzhecken, Wald, Erdnuss- und Kartoffelfelder. Den Wachsoldaten war befohlen, auf die Passanten zu schießen.

Da sie nun aller Mittel beraubt waren, beschlossen die Bewohner von Maya, einen „Bettelmarsch“ zu organisieren, um der Öffentlichkeit ihre Lage zu demonstrieren. Sie zogen von Naha und Itoman im Süden bis nach Kunigami im Norden Okinawas, ein ganzes Jahr lang, Der Sänger Nozato Takematsu begleitet sie und sang zur Sanshin. Zwei Monate nach Beginn des Bettelmarsches versammelten sich aus ganz Okinawa die Menschen, die um ihr Land kämpften, auf dem Gelände der Hochschule in Naha zur 2. Bürgerversammlung für die Lösung des Landproblems. Viele Okinawaner schlossen sich zu einer großen Organisation zusammen, dem „Landschutz Okinawas“.



Ahagon: „Das kleine Okinawa griff den amerikanischen Goliath an ohne Furcht.“ Der andere Erfolg des Bettelmarsches war, dass von allen Seiten, nicht nur aus Okinawa, sondern aus ganz Japan bis Hokkaido im Norden, Sendungen eintrafen mit Geld, Nahrung, Kleidung, Zeitschriften, Schreibwaren, sogar Kohlen.

Nach 1964, als die USA ihren Krieg gegen Nordvietnam ausweiteten, nahmen auch die Übungen zu. Nukleargeschosse, ohne Sprengkopf, fielen wie Regen vom Himmel, Fallschirmspringer landeten in Wohngebieten, flogen über den Köpfen der Frauen mit Babys auf dem Rücken dahin. Mehr denn je kollidierte das Militär mit dem Leben der Einwohner.

Im Juli 1966 liefen 3 Transportschiffe auf Ie ein. Zwei Hawk-Raketen und Gerät zum Bau eines Stützpunktes wurden abgeladen. Der Bürgermeister hatte seine Einwilligung gegeben, die Raketen an Land zu bringen. Um das zu verhindern, rief Ahagon zum Sitzstreik auf. Es kamen 600 Leute und trugen Transparente. Ahagon sagte ihnen: „Dies ist unser Land, ihr könnt ohne unsere Genehmigung hier nicht landen. Geht nach Hause und lest die Bibel: Die mit dem Schwert leben, werden durchs Schwert umkommen...“

Der Kommandant wollte die Einwohner überreden, die Raketen bis morgen dazulassen. Aber wir bestanden darauf, dass sie weggebracht würden. Um 15 Uhr begannen sie, alles wieder einzuladen und verließen die Insel. Wir wissen jetzt, wie wichtig solche Einsätze sind.“

Um gegen den unerträglichen Lärm der Kampfflugzeuge zu protestieren, zogen wir mit einem Verstärker nach Naha und warfen das Dröhnen der Flugzeuge gegen das Gebäude der amerikanischen Zivilverwaltung. Wir erklärten ihnen: Diesen Lärm haben wir 10 Jahre lang täglich angehört. Es tut uns Leid, aber wir bitten euch, nur 10 Tage lang diesem Geräusch zu lauschen. Die Beamten klagten, sie könnten nicht arbeiten; wir hätten kein Recht, das Gelände des Regierungsgebäudes zu benutzen. Wir antworteten: Gut. Aber was ist mit unserem Gelände? Es ist uns von den Amerikanern weggenommen worden. Einer der Beamten ging ins Gebäude zurück, das Gesicht rot vor Scham.“ Als Ergebnis ihres Kampfes erhielten die Bauern von Iejima 1970 58% ihres konfiszierten Landes zurück.



Aber schon seit den 60er Jahren ging ihr Kampf nicht mehr allein um ihren Lebensunterhalt, sondern war zu einem Protest gegen den Krieg, gegen das Militär geworden. Von den Stützpunkten Okinawas flogen die Bomber gegen Vietnam und in die Golfregion, wie sie schon gegen Korea gezogen waren. Die Bauern wussten, es würde schwer sein, gegen den Krieg zu arbeiten, wenn man nicht Bescheid weiß. Ahagon war der Meinung, nicht nur praktische Erfahrung, sondern auch theoretische Studien seien nötig für einen Kampf mit der US-Army. Deshalb zogen 20 junge Männer auf das Central Labor College, um mehr über Sozialsysteme zu erfahren. Als sie zurückkamen, überredeten sie Ahagon zu demselben Studium, denn seine Art zu denken sei zu idealistisch und zu visionär..

Ahagon: „Ich merkte, wie mein altes Gehirn, das in 63 Jahren rostig und verbraucht worden war, wieder zu leuchten begann. Ich lernte die Zusammenhänge verstehen und schaute den Kriegen auf den Grund. Ich erkannte, dass Kriege um des Profits willen geführt und die Menschen zu Opfern gemacht wurden. Wozu

ist Okinawa eine militärische Schlüsselstellung der Amerikaner geworden? Wozu ist der US-Japanische Sicherheitsvertrag geschlossen worden? Der aktuelle Anlass zu diesem Militärbündnis war der Koreakrieg. Es wird auch heute noch mit akuten Bedrohungen begründet: aus Nordkorea, aus China-Taiwan, aus den asiatischen Staaten, die gegen Japans Ausbeutung rebellieren. Doch schon im Koreakrieg sicherte sich Japan eine wirtschaftliche Grundlage, und heute (1997) - so geben hochrangige amerikanische Offiziere offen zu - ist der Sicherheitsvertrag eine Allianz, die 40% des GNP der Welt hält. Der Kern der Allianz ist für die USA wie für Japan die Kontrolle der globalen Ökonomie.



So mussten sie bei ihrem Studium über Krieg und Frieden auch über Armut und Reichtum nachdenken - denn auch in der Bevölkerung von Okinawa gibt es Menschen, die durch das Militär Profite machen, und viele sind von den Militäranlagen abhängig, weil sie dort arbeiten..

Okinawa hat in all den Jahren den Hauptanteil an amerikanischen Stützpunkten in Japan getragen. Nach seinem Studium wurde Ahagon klar, dass das eigentliche Problem nicht gelöst würde, wenn in Okinawa einige Militäranlagen aufgelöst und alle „gerecht“ über ganz Japan verteilt würden. Aber: „Ohne Waffen - wie schlägt man sich da?“ hatte damals Napoleon ungläubig ausgerufen.

„Was sollen wir tun?“ fragten die Bauern einen Vertreter der „Liga für Menschenrechte“ und waren gespannt auf die komplizierten Vorschläge, die der erfahrene Mann ihnen machen würde. Er sagte: „Es ist ganz einfach. Wir können den Prozess sofort stoppen, wenn alle Widerstand leisten.“ So einfach? Aber es war genau das Richtige.

Und sie verbreiteten die Geschichte ihres Kampfes, appellierten an die Regierungen Japans und der USA und widersprechen weiter der Überheblichkeit des Militärs mit der Klugheit einfacher Leute.

Shoko Ahagaon ist 2002 fast 100jährig gestorben. „Die beste Qualifikation für die Friedensarbeit“ sagte er „ ist die Fähigkeit, mit Stolz und ganzem Herzen daran zu bleiben. Wenn du sie als Last oder Opfer empfindest, bist du dafür noch nicht geschickt.“

Hier und da wächst die Einsicht, dass es intelligentere Mittel gibt, Konflikte zu lösen, als mit Militär, das, wie die Okinawaner glaubten, Feinde provoziert.

Die Leute auf Okinawa drücken ihre Erfahrungen in poetischen Liedern aus und prägen sie sich und ihren Kindern dadurch ein, z.B. das Lied Heiwa-no Ryuka:

Du einfaches Volk von Okinawa
betrüg dich nicht selbst um des Reichtums willen.
Der Reichtum, den dir die Götter gaben,
bringt echte Blumen zum Blühen....

Wer sagt, dieses Land lebe im Frieden,
dass wir endlich alles Böse abwaschen können?
Ihr Soldaten von nebenan,
warum wollt ihr nicht als wahre Menschen leben?
Der bleiche Mond trauert, denn das Vergangene ist nicht vorüber...

Wellen, seid ruhig, sei stille, du Wind!
Das Volk von Okinawa betet:
Böses Geschick, hebe dich weg von unseren Küsten.
Das Meer um Okinawa
soll statt einer Strasse des Krieges
wieder ein Weg des Friedens werden.“



Nippon Christian Academy - Kansai Seminar House

Deutsch-Japanisches Friedensforum e.V.
Berlin

23 Takenouchi-cho, Ichijoji
Sakyo-ku
606-8134 Kyoto, Japan

Der Vorsitzende
Prof. Dr. Klaus Spennemann
6. März 2003

Bitte um Entsendung von 2 Zivildienstleistenden im Rahmen des Programms „Andere Dienste im Ausland“

Als Vorsitzender der Nippon Christian Academy - Kansai Seminar in Kyoto, Japan, bitte ich zum nächst möglichen Termin um Entsendung von bis zu zwei Zivildienstleistenden an das Kansai Seminar House.

Die Nippon Christian Academy ist eine 1962 nach dem Modell der Evangelischen Akademien in Deutschland (<http://www.ekd.de/akademien>) gegründete Einrichtung der christlichen Erwachsenenbildung und christlich gesellschaftsbezogener Tagungsarbeit. Sie verfügt heute über zwei Zentren, eine Stadtakademie in Tokyo (<http://www.academy-uikvo.com>) und das 1967 gebaute Tagungszentrum Kansai Seminar House in Kyoto (<http://www.academy-kansai.com>).

Die Nippon Christian Academy ist vom japanischen Kultus- und Wissenschaftsministerium als gemeinnützige Rechtskörperschaft anerkannt (Japanisch: zaidan hojin) und untersteht der Aufsicht des Kultus- und Wissenschaftsministeriums.

Das Kansai Seminar verfügt über Gästezimmer für rund 90 Gäste, 6 Tagungsräume, hinter dem modernen Gebäude über ein traditionelles japanisches Haus mit einem weitläufigen japanischen Garten, einer Noh Bühne und einem japanischen Teehaus. Im Kansai Seminar House sind für die Tagungsarbeit und den Hausbetrieb 12 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angestellt.

Finanziell muss sich das Kansai Seminar House selbst tragen. Neben gelegentlichen projektbezogenen Zuschüssen öffentlicher Stellen und der Wirtschaft und den Spenden eines kleinen Förderkreises werden der Unterhalt des Hauses und die Tagungsarbeit vor allem aus der Vermietung des Hauses an Gastgruppen an den nicht durch eigene Tagungen belegten Wochentagen finanziert.

Die Schwerpunkte der kontinuierlichen Tagungsarbeit liegen z.Zt. in den Bereichen Schule und Bildung (Tagungen für Lehrer, Universitätsprofessoren, Kindergärtnerinnen), Sozialarbeit (Tagungen für Sozialarbeiter), Entwicklung und Frieden (Tagungen mit Lehrern zur Entwicklung von Konzepten und Lehrmaterial für Friedens- und Entwicklungserziehung in Schulen), Kirche (Fortbildungstagungen für Pfarrer), Gewerkschaften (mehrwöchige Fortbildungskurse für Gewerkschafter), Kreativitätstagungen und Austauschprogrammen für Jugendliche aus ostasiatischen Ländern. Daneben werden, je nach Bedarf, Problemtagungen zu aktuellen Themen angeboten. Eigene Arbeitsbereiche innerhalb des Kansai Seminar

House bilden die Vereinigung für christliche Kunst in Asien und Arbeitskreise zur japanischen Tee-Zeremonie und japanischem Noh Theater.

Die erbetenen Zivildienstleistenden würden im Hausbetrieb (Reinigung und Herrichtung der Gästezimmer), in der Küche (Spülen und Bedienung im Speisesaal) und im Gartenbereich (Pfleger und Instandhaltung der weitläufigen japanischen Gartenanlagen) mitarbeiten. Die Arbeitszeit würde wie die der japanischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 40 Stunden pro Woche betragen.

Das Kansai Seminar House würde den Zivildienstleistenden freie Unterkunft und Verpflegung und ein kleines Taschengeld bieten.

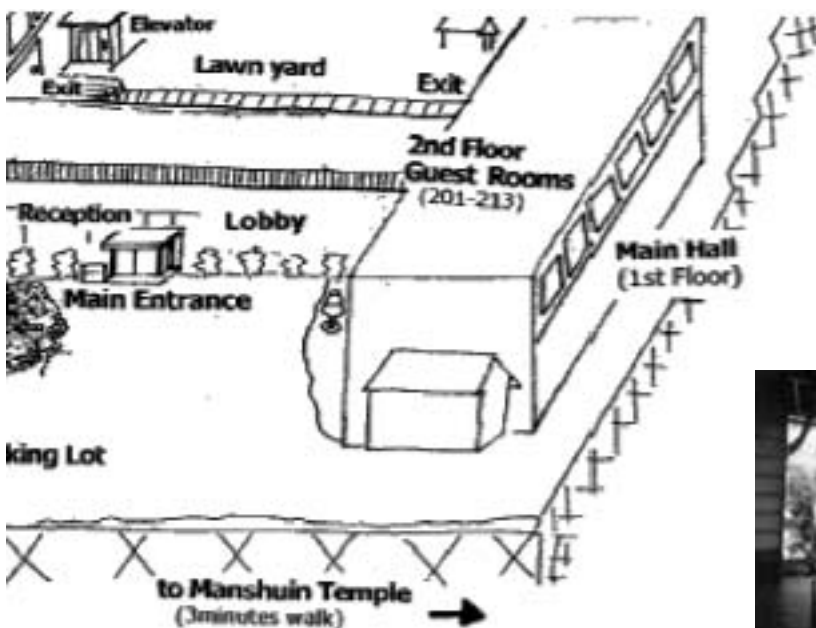
Erwartet werden von den Zivildienstleistenden gute englische Sprachkenntnisse, so gute Grundkenntnisse der japanischen Sprache, dass sie ohne größere Schwierigkeiten in den täglichen Arbeitsablauf integriert werden können, die Bereitschaft zur Teilnahme an den täglichen Andachten eines christlich geführten Hauses und die Fähigkeit, als deutsche Staatsangehörige sich einem kulturell völlig andersartigen Kontext nicht nur anzupassen, sondern in diesem Kontext konstruktiv mitzuarbeiten. Wir würden die Zivildienstleistenden nicht als Aushilfe, sondern als gleichwertige Mitarbeiter in unserem gut aufeinander eingespielten Team aufnehmen und würden es begrüßen, wenn die Zivildienstleistenden sich ebenso verstehen würden.

Kontaktperson für den obigen Antrag ist der Unterzeichnende:

Dr. Klaus Spennemann
 c/o Kansai Seminar House
 23 Takenouchi-cho, Ichijoji
 Sakyo-ku
 606-8134 Kyoto, Japan
 E-mail: spennemn@mail.doshisha.ac.jp

Ich würde mich freuen, wenn der obige Antrag bewilligt werden könnte.

(Klaus Spennemann)



Nagasaki Appeal 2003

In the first years of the 21st Century the prospects of nuclear weapons proliferation and use have dramatically increased. As the last city to suffer a nuclear attack, Nagasaki is committed to reversing this dangerous trend and making progress towards a nuclear weapons-free world.

The 21st Century began with a chain reaction of violence and retaliation. In September 2001 terrorist attacks took place in the United States. The Afghan war followed, and then the Iraq War began in March 2003 on the pretext that Iraq possessed weapons of mass destruction. Meanwhile, the Bush Administration has reviewed its nuclear posture and promoted new policies for nuclear weapons use. Also, North Korea is conducting brinkmanship diplomacy using nuclear weapons development as a lever. We find that the intentions of various countries to give a new role to nuclear weapons will considerably hinder any progress towards their elimination.

In this context, we global citizens have gathered again in the A-bombed city of Nagasaki three years after the 1st Global Citizens' Assembly for the Elimination of Nuclear Weapons, in order to listen to the heartfelt pleas of Hibakusha and to be inspired by the enduring passion of the Nagasaki citizens' commitment to the elimination of nuclear weapons.

After 58 years, many Hibakusha continue to suffer from secondary illnesses caused by nuclear radiation, in addition to their initial physical injuries and emotional trauma wrought by the atomic bomb. Also, the second and third generation Hibakusha live in constant fear for their health. While enduring these hardships, they have sustained their efforts to develop strategies and build a movement to realize the elimination of nuclear weapons. Hibakusha have not been passive victims. They have critically analyzed, exposed hidden intentions and harshly criticized, as follows, the arguments put forward by those in authority who justify the possession and development of nuclear weapons.

Nuclear weapon states have tried to obscure the true nature of nuclear weapons by hiding them within the phrase 'weapons of mass destruction'. They argue that non-proliferation is a priority and reject nuclear disarmament. Especially, the US has undertaken research to develop small nuclear weapons and 'bunker busters', and is preparing for the resumption of nuclear tests, using the pretext of the 'war against terrorism'. They imply that small nuclear weapons are merely extensions of conventional weapons, thus lowering the barrier to their use. Do they think that they now have free reign to do anything they want in the name of the so-called 'war against terrorism'? This thinking will undoubtedly be imitated by other countries bringing with it the spread of nuclear weapons to even more countries. How can a country strengthen its own nuclear arsenal, while seeking to prevent nuclear proliferation by others? Moreover, where is the commitment by the nuclear weapon states to 'an unequivocal undertaking ... to the total elimination of their nuclear arsenals' adopted at the NPT Review Conference in May 2000? The US has acted in bad faith, and has violated the spirit of this commitment by pursuing new nuclear weapons.

We global citizens strongly feel that all nuclear weapon states, declared and undeclared, and those countries that rely on the nuclear umbrella of others,

should honestly and sincerely answer these direct questions from Hibakusha. Whatever justifications are offered by the nuclear weapon states, the weapons must be denounced as illegal and immoral by the people of the world.

After three days of intense discussions in Nagasaki, we found hope in the constant resolve of the Hibakusha and in the vigor of today's youth. As global citizens, we sincerely appeal to the people of the world to:

- Call for an end to the cycle of violence and retaliation; now is the time to delegitimize war.
- Ensure that nuclear war will be prevented, especially in the flashpoints of the Middle East, South Asia and Northeast Asia, including the Korean Peninsula.
- Establish nuclear weapon free zone or areas free of weapons of mass destruction as a contribution to the prevention of nuclear wars and further nuclear proliferation.
- Stop the trend towards the development of new types of nuclear weapons, policies for their use, missile defenses and weaponization of space.
- Support those raising their voices in protest across the world and especially in the United States.
- Continue building a large international citizen movement to abolish nuclear weapons in anticipation of the NPT Review Conference to be held in New York in 2005.
- Press governments to adopt concrete Steps to achieve nuclear abolition so that the 2005 NPT Conference will be an epoch-making event.

We are greatly encouraged by the decision of the Mayors for Peace to initiate an 'Emergency Action Campaign to Ban Nuclear Weapons'. Its success depends on civic activities in cities all over the world. We urge citizens to cooperate with their mayors to forge strong international Support for this campaign at the 2005 NPT Review Conference. In Order to achieve this, international solidarity with Nuclear Free Local Authorities is vital.

We believe that Japan, as the only A-bombed nation, has a special role to play. We fear that a tendency among Japanese politicians to blindly accept nuclear weapons has increased. We must continue to listen to the urgent pleas of Hibakusha to end dependence on nuclear weapons and to exert credible leadership for nuclear abolition in the international community.

Finally, in anticipation of the 2005 NPT Review Conference and the 60th anniversary of the US atomic bombings of Nagasaki and Hiroshima, we call on citizens everywhere to work with their political leaders in national and local governments to create strong public support for banning nuclear weapons for all time.

24 November 2003, the 2nd Global Assembly in Nagasaki for the Elimination of Nuclear Weapons.

Japan Eyes joint Production on U.S. Missiles

Report - By REUTERS - Published: November 24, 2003

TOKYO (Reuters) - Japan has plans for joint production of new interceptor missiles with the United States, a move that would require a review of Tokyo's decades-old ban on weapon exports, a Japanese newspaper said on Monday.

The Defense Ministry wants to start production of some key parts for the next-generation missiles, which Japan is researching with the United States for a missile defense System, as soon as within the next few years, the Asahi Shimbun said.

Such joint production would aim to make Japan's defense-related technology more competitive, it said.

Asahi said the issue of joint production came up in talks between Defense Minister Shigeru Ishiba and Defense Secretary Donald Rumsfeld in Tokyo this month, and that Ishiba explained that Japan's ban on weapon exports was an obstacle.

Joint production means Japan would provide parts it has made to the United States and would require a review of the existing ban, which only allows arms-related exports to the United States and then only in the form of technology, the newspaper said.

Defense Ministry officials could not be reached for immediate comment.

In 1967 Japan adopted a three-point policy against weapon exports that included a ban on arms exports to communist states.

The government tightened its policy in 1976 to ban exports of weapons to all countries, but in 1983 loosened its stance to allow exports of weapon technology to the United States.

Worries about North Korea's nuclear arms program have re-ignited calls within Japan to rethink its past pacifism, stemming from the country's U.S.-drafted constitution that renounces war as a means of settling international disputes.

Japan has done joint research with the United States on developing a missile defense System after North Korea fired a ballistic missile that flew over Japan in 1998.

The Defense Ministry requested more than a billion dollars in funding in August for a two-stage U.S. missile defense system. The spending proposal must be approved by parliament.